Rede des Genossen Enver Hoxha

Albanien schreitet sicheren Schritts und unerschrocken voran

Seite 9

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 46, vom 17. November 1978 — 12. Jahrgang — 50 Pfennig

Urabstimmung in der Stahlindustrie

Die einzige Antwort ist jetzt: Streik!

Die Tarifverhandlungen in der Stahlindustrie von Nordrhein-Westfalen, Osnabrück und Bremen wurden von den Stahlindustriellen und von der Tarifkommission der IG Metall für gescheitert erklärt. Auf Antrag der Tarifkommission hat der IGM-Hauptvorstand beschlossen, die rund 220.000 Stahlwerker dieses Tarifgebiets zur Urabstimmung aufzurufen. Es ist klar, daß auf die unverfrorene und herausfordernde Haltung der Stahlbarone nur eine Antwort möglich ist: Streik!

Nur durch einen machtvollen und geschlossenen Streik, in den ausnahmslos alle Betriebe des gesamten Tarifbezirks einbezogen sind, kann den Herren von Eisen und Stahl an Rhein, Ruhr und Weser die schon lange fällige Lektion erteilt werden. Diese Sprache werden sie verstehn!

Lächerliche 2,1 Prozent mehr Lohn und Gehalt; und anstelle der geforderten 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich nur 2 Tage mehr Urlaub! Die Stahlkapitalisten nannten dies ein „Angebot". Es ist eine Verhöhnung der Stahlwerker! Deshalb kann es keine Frage sein, wie die Stahlwerker bei der noch in dieser Woche beginnenden Urabstimmung stimmen müssen.

Die IGM-Führung ist nicht mehr darum herumgekommen, die Urabstimmung zu beschließen. Zu stark ist die Empörung und die Unruhe in den Hüttenwerken. Ohne diesen Beschluß hätten die Bonzen allzu offen gezeigt, daß sie mit den Stahlbaronen unter einer Decke stecken. Schon ihre viel zu niedrige 5-Prozent-Forderung und ihr verräterisches Lavieren bei der Forderung nach 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich stieß auf heftigen Protest. Jetzt heißt es für die Stahlwerker: am Ball bleiben! Die IGM-Führer haben die Absicht, sollten sie um einen Streik nicht mehr herumkommen, die Spaltung und Schwächung der Kampffront mit der Taktik des Schwerpunktstreiks zu betreiben. Demgegenüber gilt es mit allem Nachdruck zu fordern:

Vollstreik im gesamten Tarifbezirk! Keine faulen Kompromisse — konsequenter Kampf für die volle Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich! Keinen Abschluß bei den Lohn- und Gehaltstarifen unter 5 Prozent!

Volkserhebung im Iran

Generalstreik gegen das Schah-Regime

Trotz Militärregierung und verschärfter Anwendung des faschistischen Kriegsrechts gehen die Kämpfe der iranischen Werktätigen für den Sturz des verhaßten Schahregimes weiter. Die Diktatur hat die Pressezensur wieder verschärft und eine allgemeine Nachrichtensperre verhängt, um zu verhindern, daß das wahre Ausmaß der Kämpfe bekannt wird. Gleichzeitig werden gezielt Lügen ausgestreut, die den Eindruck erwecken sollen, als habe sich die Lage im Lande wieder „normalisiert".

Begierig werden solche Lügen von der Presse, von Rundfunk und Fernsehen in unserem Land aufgegriffen. Tatsache ist jedoch, daß bis Ende letzter Woche der politische Massenstreik in der Erdölindustrie, dem wirtschaftlichen Herz des Landes, anhielt. Ähnlich war es auch in den meisten anderen Bereichen. Auch die Welle der Demonstrationen gegen das Blutregime des Schah, wobei wieder viele Werktätige von den faschistischen Truppen ermordet wurden, hielt an. Und für diese Woche wurde ein Generalstreik im ganzen Land ausgerufen, mit dem die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen noch einmal ihre gerechten Forderungen nach der Aufhebung des Kriegsrechs, der Entlassung aller politischen Gefangenen, der Enteignung der imperialistischen Konzerne usw. unterstreichen. Ein Generalstreik, der deutlich macht, daß weder politische Manöver wie die fortwährenden Verhaftungen von besonders verhaßten Politikern, noch der gnadenlose Terror des Kriegsrechts die iranischen Volksmassen „beruhigen" können.

Siehe auch Seite 11

Heer der Arbeitslosen wächst

Im Oktober ist die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik und in Westberlin wieder angewachsen. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern registrierten Arbeitslosen wuchs um 37.300 auf 901.636 an. Damit liegt die offizielle Arbeitslosenquote jetzt bei 3,9 Prozent.

Das wirkliche Ausmaß der Arbeitslosigkeit allerdings wird durch die Statistik der Bundesanstalt für Arbeit (BfA) erheblich verharmlost. Beispielsweise tauchen die 92.000 arbeitslosen Jugendlichen, die ein sogenanntes Berufsvorbereitungsjahr absolvieren müssen, in der Statistik gar nicht auf. Ebenso auch die vielen tausend Jugendlichen, deren Väter als ausländische Arbeiter hier beschäftigt sind, und die aufgrund der reaktionären Ausländergesetze keine Arbeitserlaubnis erhalten. Auch viele Frauen ausländischer Kollegen erhalten keine Arbeitserlaubnis. Von der Statistik unterschlagen werden zum Beispiel auch Zehntausende, die in sogenannte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) einbezogen sind.

Nach der amtlichen Statistik liegt die Arbeitslosigkeit gegenwärtig etwas niedriger als vor einem Jahr. Im Oktober 1977 lag die von der BfA angegebene Arbeitslosenquote bei 4,2 Prozent, während sie jetzt bei 3,9 Prozent liegt. Aber man muß bedenken, daß jener Teil des Arbeitslosenheeres, den die Statistik ausklammert, ständig im Wachsen ist. Von einem tatsächlichen Rückgang der realen Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahr kann deshalb keine Rede sein. Daran ändert auch die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung in der Wirtschaft nichts. Von ihr profitieren nur die Kapitalisten, deren Gewinne in der Regel gestiegen sind und vielfach sogar neue Rekordhöhen erreichen.

(Mehr über die wachsende Arbeitslosigkeit auf Seite 5)

Wußten Sie schon...?

...daß die Höhe bzw. die Geringfügigkeit eines Pfändungsbetrages für Zwangsvollstreckungen keine Rolle spielt? Das jedenfalls ist die Meinung des Verbandsvorsitzenden der Westberliner Gerichtsvollzieher, Horst Olschowski, und die Geschäftsanweisung für Gerichtsvollzieher bestätigt ihn hierin nur.

Der Anlaß für Olschowskis Meinungsäußerung ist folgender: Einem Westberliner Rentner wurde für eine Schuld von drei Mark und sechsundneunzig Pfennige (3,96 DM), die er übersehen hatte, der Farbfernseher gepfändet. Zu diesem Zweck brach der Gerichtsvollzieher mit Hilfe eines Schlossers in die Wohnung des Rentners ein. Für den Rentner, der eine Dienstaufsichtsbeschwerde einleitete, droht die Sache teuer zu werden: Neben- und Vollzugskosten haben aus den 3,96 DM mittlerweile 156,28 DM gemacht.

Übrigens gilt die Zwangsvollstreckung für die Bundesrepublik und Westberlin als „wesentlicher wirtschaftlicher Faktor". 1977 waren von den Gerichtsvollziehern insgesamt 43 Millionen Mark eingetrieben worden, 6 Millionen Mark mehr als 1976.

Zahlreiche Demonstrationen am 9. November

„Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!"



Ca 10.000 Menschen demonstrierten in Hamburg

Der 9. November — der vierzigste Jahrestag der Reichskristallnacht — war nicht nur ein Tag salbungsvoller Reden der bürgerlichen Politiker, nicht nur ein Tag widerwärtigster Heuchelei, wie sie etwa aus der Fernsehrede des ehemaligen NSDAP-Mitglieds und jetzigen Bundespräsidenten Scheel triefte. — Am 9. November gingen im ganzen Bundesgebiet und in Westberlin Zehntausende auf die Straße.

In zahlreichen Demonstrationen bekundeten sie ihren Abscheu vor der Barberei des Nazifaschismus. Sie wandten sich gegen das immer offenere Auftreten von alten und neuen Nazis; sie forderten die Aufhebung der Verjährungsfrist für Naziverbrechen und die Bestrafung der faschistischen Mörder. Angeprangert wurden auch die reaktionäre Praxis des Bonner Staates, die Berufsverbote, die Verfolgung von Antifaschisten und Kommunisten, die reaktionäre Gesetzgebung, die Aufrüstung der Polizei. Die Demonstrationen zeigten, wie groß die Empörung unter der werktätigen Bevölkerung über das immer offenere Auftreten von Reaktion und Faschismus in Westdeutschland und Westberlin bereits geworden ist.

Hamburg. In Hamburg nahmen etwa 10.000 Menschen an einem Fakkelzug durch ein früheres jüdisches Viertel teil. Es waren vor allem Jugendliche und ältere Menschen. Auf mitgetragenen Transparenten forderten sie unter anderem: „Verbot der Nazi-Organisationen!", „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!" — An dem Fackelzug beteiligte sich auch die Hamburger Front gegen Reaktion und Faschismus. Durch ein Transparent mit der Aufschrift „Freiheit für die angeklagten Antifaschisten" machte sie auf den Prozeß gegen die neun Antifaschisten aufmerksam. Die Angeklagten trugen Schilder mit der Aufforderung, zu dem Prozeß zu kommen.

Bremen. Der Schweigemarsch durch die Bremer Innenstadt wuchs,

Fortsetzung auf Seite 6

NATO-Waffen für China

Während seiner jüngsten Reise nach Japan und Südkorea kündigte der US-amerikanische Kriegsminister Brown die weiter Stärkung der US-Flotten und Luftwaffenverbände in Südostasien an. Dies war jedoch nicht die einzige Maßnahmen zur Erhöhung des US-amerikanischen Einflusses in Asien in der letzten Woche. Am vergangenen Donnerstag gab ein ranghoher Mitarbeiter des Außenministeriums in Washington bekannt, daß die USA von nun an Waffenverkäufe ihrer NATO-Verbündeten an China nicht mehr blockieren würden.

Der Politiker bezeichnete den Beschluß als „lediglich taktische Neuorientierung". Die USA selbst würden auch in Zukunft keine Waffen an China liefern. Diese Erklärung ist jedoch reiner Bluff. Ob nun die USA oder die von ihnen kontrollierten NATO-Staaten die Waffen liefern, das bleibt sich letzlich gleich ... Und schon kommt der Waffenhandel in Gang. Ein Besuch des stellvertretenden chinesischen Regierungschefs Wang Tschen in England wird mit der möglichen Lieferung von Kriegsschiffsmaschinen und Senkrechtstartern vom Typ Harrier in Verbindung gebracht. Italien will China mit Flugabwehrgeschützen versorgen. Und die Bundesrepublik braucht ein Geschäft wie das der Lieferung von Flugabwehrraketen in Zukunft nicht mehr heimlich über Drittländer abzuwickeln.

China — ein Bündnispartner der NATO? — Langsam rückt diese Konstellation aus der Sphäre ideologischer Vorbereitung in den Bereich praktischer Maßnahmen. Die chinesischen Revisionisten entblößen in der Öffentlichkeit immer mehr ihre imperialistische Fratze.

Treffen der Reaktionäre in Vancouver

Anfang November fand in Vancouver/Kanada der 14. Kongreß der Sozialistischen Internationale statt. Ihr Vorsitzender Willy Brandt wurde in seinem Amt bestätigt. Die Sozialistische Internationale ist die unmittelbare Nachfolgerin der berüchtigten II. Internationale, ist die internationale Organisation des alten Opportunismus. Die gemeinsame Ideologie ihrer Vertreter ist die Lehre von der Zusammenarbeit zwischen Kapital und Arbeit und der Antikommunismus; ihr gemeinsames Interesse ist die Unterdrückung der sozialistischen Revolution.

Auf der Tagung in Vancouver wurde die Tendenz der sozialdemokratischen Parteien deutlich, weiteren Einfluß auf die Länder vor allem Afrikas und Lateinamerikas zu gewinnen. Hierin werden die hinter ihnen stehenden Interessen deutlich: Als politische Vertreter hauptsächlich des westeuropäischen Monopolkapitals versuchen sie, die Expansionsbestrebungen ihrer Imperialisten zu unterstützen.

Das Spektrum der Demagogie, das in Vancouver entfaltet wurde, war breit. In Anbetracht der zunehmenden Kämpfe der Völker, der Lage vor allem in Nicaragua und Südafrika quälte sich Brandt sogar die Aussage ab, daß zur Bekämpfung von Gewaltregimen Gewalt „manchmal notwendig" sei. Die Völker aber wissen, was sie von solchen Äußerungen zu halten haben. Allein die Versicherung Brandts, er sei sich in der Menschenrechtsfrage einig mit Jimmy Carter, zeigt seinen Standpunkt.

Wenn das Volk seine Meinung sagt ...

Mit 50,47 Prozent gegen 49,35 Prozent der abgegebenen Stimmen wurde bei der Volksabstimmung in Österreich die Inbetriebnahme des Atomkraftwerks Zwentendorf abgelehnt. Ein Ergebnis, das nicht nur die österreichische Regierung, deren Chef Kreisky sich vor der Abstimmung für die Inbetriebnahme des Atomkraftwerks sehr stark gemacht hatte, schockte. Ausgesprochen nervös reagierten auch die westdeutschen Atomkraftwerk-Anhänger. Allen voran die Vereinigung deutscher Elektrizitätswerke. Sie bezeichnete diese Volksabstimmung in Österreich als „abschreckendes Beispiel".

Das wundert uns nicht. Denn würde das Beispiel Volksabstimmung bei uns Schule machen, würde sich wie in Österreich eindeutig und schwarz auf weiß zeigen: Das Volk will die Atomkraftwerke nicht. Und selbst, wenn eine solche Abstimmung den Bau weiterer Aromkraftwerke bzw. ihre Inbetriebnahme nicht verhindern würde und könnte, wäre doch immerhin klargestellt, daß ihre Betreiber den Willen des Volkes mit Füßen treten. Und das ist es auch, was die Vereinigung deutscher Elektrizitätswerke am Beispiel Österreichs so „abschreckend" findet.

Und was tut die Bourgeoisie, um die eindeutige Volksmeinung vom Tisch zu wischen? Sie bezeichnet das Volk als dumm. So auch die Vereinigung deutscher Elektrizitätswerke, die dem Wähler „sachliche Überforderung" vorwirft! Schützenhilfe erhalten die Herren Kapitalisten übrigens — wer hätte das gedacht! — von der DGB-Führung! Die „Welt der Arbeit", das Organ des DGB, schreibt: „Das Volk war mit dieser ersten Volksabstimmung, die es ja in Österreich gab, einfach überfordert." (!!!)

Auf die DGB-Führung ist also nicht zu hoffen, wenn es um mehr Demokratie in Westdeutschland geht.

Apels Heeresreform

Angriffskraft der Bundeswehr weiter ausgebaut

Nach monatelangen Diskussionen in den Bonner Ministerien, in den Stäben von Bundeswehr und NATO, legte Kriegsminister Apel in der vergangenen Woche sein Konzept für eine Reform des Heeres vor. Es beinhaltet im wesentlichen eine deutliche Erhöhung des Angriffspotentials der Bundeswehr und eine drastische Erhöhung ihres Personalbestands durch verstärkte Einbeziehung der Reservisten.

Im einzelnen wird die Heeresreform folgende Ergebnisse haben:

• **Feldheer.** Das Feldheer wird in kleinere, beweglichere Einheiten gegliedert. Die Zahl der Brigaden wird von 33 auf 36 erhöht. Sie werden künftig alle die oberste NATO-Präsenzstufe A 1 haben. Das bedeutet: 90 Prozent der Truppen müssen einsatzbereit sein (heute sind es 85 Prozent).

• **Territorialheer.** Dieser Teil des Heeres soll — so ist es die offizielle Sprachregelung der Bundeswehr — der „Verteidigung des Hinterlandes dienen". Apels Reform jedoch macht einmal mehr deutlich, daß auch das Territorialheer im Dienste der aggressiven Angriffsstrategie, der sogenannten Vorneverteidigung steht. Denn aus dem Territorialheer sollen sechs Reservebrigaden gebildet werden, die „bei Bedarf vorne" eingesetzt werden können. Darüber hinaus werden weitere sechs Regimenter als Verfügungstruppen für das Feldheer geschaffen.

hören war, soll das Territorialheer zunehmend mit dem Gerät und den schweren Waffen ausgerüstet werden, die beim Feldheer dadurch „überflüssig" werden, daß dieser Heeresteil mit den Waffensystemen der neuen Generation ausgestattet wird. (Bis Mitte der 80er Jahre soll die Bundeswehr für die gewaltige Summe von 100 Milliarden Mark mit solchen neuen Systemen ausgerüstet werden).

• **Kosten.** Apels Programm der Heeresreform ist natürlich auch wieder mit einem tiefen Griff in die Taschen der werktätigen Steuerzahler verbunden. Allein der Bau neuer Kasernen, Übungsplätze usw. soll 300 Millionen Mark kosten. Dazu kommen jährlich 50 Millionen für den Mehraufwand an Personal.

Die Bonner Debatte über die Heeresreform des Kriegsministeriums zeigte es einmal mehr: wenn es um die Aufrüstung geht, ist aller Streit der bürgerlichen Parteien wie weggeblasen. Die CDU äußerte ihre Befriedigung über Apels Plan und stellte



Apel beobachtet die Herbstmanöver in Hessen

• **Personal.** Apel hat bei der Vorlage seines Konzepts betont, daß dadurch das Heer nicht personell verstärkt würde. (Gegenwärtig umfaßt es 340.000 Mann, die Bundeswehr insgesamt knapp eine halbe Million). Aber diese Beteuerungen sind nichts als Augenwischerei. Denn die Heeresreform sieht einmal die Schaffung von 3.000 zusätzlichen Planstellen im Offiziersbereich (Ausbilder, Kommandeure usw.) vor. Zum anderen soll die Zahl der Übungsplätze im Heer um 25 Prozent auf 200.000 erhöht werden. Dadurch sind die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß jährlich Zehntausende von Reservisten zusätzlich einberufen werden können. Nach den Angaben aus dem Kriegsministerium soll sich ihre Zahl von heute 150.000 auf 200.000 erhöhen. Faktisch ist das eine gewaltige Aufstockung des personellen Bestands der Bundeswehr.

• **Bewaffnung.** Wie jetzt aus Bonn zu

heraus, daß sie ja schließlich schon lange für eine weitere Verstärkung der Bundeswehr einträte. Allerhöchstes Lob bekam Apel auch vom NATO-Boß Haig persönlich. So konnte er stolz berichten: „Haig ist mit unseren Entscheidungen sehr zufrieden und hat uns ein hohes Lob ausgesprochen."

Die Erhöhung der Angriffskraft der Bundeswehr, die Einbeziehung der Reservisten im großen Maßstab, die immer deutlichere Ausrichtung der westdeutschen Militärmaschine auf die aggressive „Vorne-Verteidigung", all das ist ein Bestandteil der vermehrten Kriegsvorbereitungen des NATO-Blocks. Trotz aller Friedensbeteuerungen aus Ost und West, trotz der sogenannten Abrüstungsverhandlungen, die sich in immer schnellerem Wechsel ablösen: die Aufrüstung sowohl der NATO wie auch des Warschauer Pakts geht mit Riesenschritten weiter voran.

Kurz berichtet

Bremen

Am vergangenen Samstag fand in Bremen eine Solidaritätsveranstaltung für die angeklagten Bremer und Hamburger Antifaschisten statt. Veranstalter war die Front gegen Reaktion und Faschismus. Den Abend gestaltete hauptsächlich der Hamburger AP-Trupp „Rotes Sprachrohr".

Vor 120 Besuchern gaben die Laienschauspieler drei Stunden lang eine Probe ihres Könnens.

Mit jedem vorgetragenen Stück wuchs die Begeisterung; die Zuschauer verlangten am Ende des Auftritts mit lauten Rufen Zugaben, und die Laienspieler trugen noch einige Extrastücke vor.

In den Pausen berichtete einer der im Hamburger Prozeß angeklagten Antifaschisten von der vergangenen Prozeßwoche;



Ein weiterer Veranstaltungsbesucher berichtete von einem Besuch auf der von seiner Besatzung bestreikten Billigflaggenschiff „Hermosa" (siehe auch den Bericht auf Seite 5). Eine Spendensammlung zugunsten der angeklagten Antifaschisten schloß die Veranstaltung ab.

Hamburg

Einen gebührenden Empfang bereiteten Genossen der Roten Garde dem in die Boehn-Kaserne versetzten Hauptmann Winkel. In einem Flugblatt deckten sie die „Heldentaten" dieses Offiziers auf. Winkel hatte sich auf seinem vorhergehenden Posten — er war Chef einer Jägerkompanie in Wentorf — durch besonders schikanöses Verhalten gegenüber den Mannschaften ausgezeichnet. Vor allem aber war er dadurch bekannt geworden, daß er Mißhandlungen von Untergebenen durch zwei seiner Unteroffiziere gedeckt hatte. Einer dieser Unteroffiziere hatte sich obendrein als Neofaschist erwiesen. Winkel hatte ihn jedoch auch dann noch zu decken versucht, als bekannt geworden war, daß er an der terroristischen Tätigkeit der faschistischen Hansabande — darunter einem Überfall zwecks Waffendiebstahls auf holländische Soldaten — teilgenommen hatte.

Das Flugblatt berichtet, daß Winkel allem Anschein nach auch in Rahlstedt seine „Heldentaten" fortzusetzen versucht, und schließt mit der Aufforderung: „Wehrt euch! Leistet Widerstand! Diesem Herrn muß man Kontra geben!"

Aus dem Inhalt

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag ROTER MORGEN GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postscheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr.: 321000290 (Verlag Roter Morgen). Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund, Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Offen gesagt ...

Geschichtslehrer Schmidt

Aus Anlaß des 40. Jahrestages der „Reichskristallnacht" bat das ZDF zur Fernsehdiskussion. Prominenter Gast im Studio: Kanzler Schmidt, der sich selbst als der „politische Leiter dieser Bundesrepublik Deutschland" vorstellte. An diesem Tag waren Zehntausende, darunter sehr viele junge Menschen, auf die Straße gegangen, um gegen den alten und neuen Faschismus zu demonstrieren. Die Herren abends im Studio orakelten darüber — um es mit den Worten eines Diskussionsteilnehmers zu sagen —, woher es kommt, daß „diese alten Geschichten jetzt, vor allem bei jungen Leuten, solche Anteilnahme gefunden haben?"

Vom „politischen Leiter" des Bonner Staates erwartete man offenbar ein grundsätzliches Wort an diese Jugend, die eine solche Anteilnahme an der Vergangenheit bekundet und die diese Vergangenheit nicht wieder zur Gegenwart werden lassen will. Und Schmidt stellte klar.

Er gab der Jugend die folgende Ausrichtung über das Verständnis der jüngsten Geschichte und die Entwicklung hin zum Hitler-Faschismus: „Es fing so an, daß man den anderen in seiner Überzeugung mißachtet. Im nächsten Akt brüllt man ihn nieder mit zehn oder zwölf jungen Leuten, wenn er redet. Sprechchöre, wie ich es in jeder meiner Versammlungen erlebe durch KBW oder wie das heißt. Einen Akt später hat man Bücher verbrannt, wieder einen Akt später Gewalt gegen Sachen ausgeübt und dann Gewalt gegen Personen, und dann kam der Mord."

So ist das also. Und es ist ja auch gar nicht schwer, die Geschichte zu begreifen. Man muß sich nur an diesen einen Leitsatz halten, der schließlich auch schon unter Bismarck und Ebert, unter Hitler und Adenauer Gültigkeit hatte: Schuld an allem sind die Kommunisten, die Linken. Die Zehntausende Jugendlichen, die zum 40. Jahrestag der Reichskristallnacht auf die Straße gingen, wollten das offensichtlich nicht verstehen. Sie demonstrierten gegen die Nazis, gegen die Berufsverbote, gegen Polizeiwillkür und Klassenjustiz, anstatt mit dem „KBW oder wie das heißt" aufzuräumen.

Aber solchem mangelnden Geschichtsverständnis wird Schmidt wohl abhelfen. In seiner Fernsehdiskussion gab es auch für die Lehrer einen dicken Wink mit dem Zaunpfahl. „Ich bin gegen die Vorstellung daß alle jungen Menschen in profunder Weise Geschichte studieren sollen ... Es genügt, wenn in den Schulen darüber debattiert wird." Worüber? Über die Geschichtslehren des Kanzlers Schmidt.

Ein neues Manöver zur Ausplünderung der Werktätigen

„Freiwilliger Arbeitseinsatz" in der DDR

„Freiwilliger Arbeitseinsatz!" — „Große Masseninitiative zum bevorstehenden 30. Jahrestag der DDR!" — „Taten zum Nutzen der Republik und zum Wohle für uns alle!" — Unter diesen und ähnlichen Überschriften traten am 28. Oktober, einem sonst arbeitsfreien Samstag, die Belegschaften der Industriebetriebe, aber auch der Kaufhäuser, Transportbetriebe und Kinderkrippen zur Arbeit an. Verfahren wurden „Hochleistungsschichten". An diesem Samstag produzierten die Arbeiter — folgt man der DDR-Presse — Waren im Wert von 600.000 Mark.

Der „freiwillige Arbeitseinsatz" in der DDR kam nicht von ungefähr. Die revisionistische Politik der Ostberliner Herren hat die DDR in wirtschaftliche Schwierigkeiten gebracht. Die vom IX. Parteitag gesteckten Ziele können nicht erreicht, die wirtschaftlichen Pläne nicht erfüllt werden. An der Wirtschaft der DDR zehrt auch die Ausplünderungspolitik der russischen Sozialimperialisten, zehren sogenannte „gemeinsame Investitionen", zehrt die ständige Verteuerung der importierten Rohstoffe, vor allem des Erdöls, durch den „großen sozialistischen Bruder" Sowjetunion. Im Außenhandel erreichte die DDR 1977 ein Defizit von 8 Milliarden Mark gegenüber 6,4 Milliarden Mark 1976.

In ihrer Propaganda stellt die SED den Arbeitseinsatz als eine aus der Arbeiterklasse spontan hervorgegangene Aktion dar. Lobend wird ständig ein entsprechender Appell der Vertrauensleuteversammlung des Ostberliner Großbetriebs „Elektrokohle" hervorgehoben. In Wirklichkeit wurde jedoch die Vorbereitung der Extraschicht von der Staats- und Parteiführung selbst betrieben. So versicherte zum Beispiel Honecker schon Anfang September seinem Gesprächspartner Breschnew, „daß die Werktätigen der DDR alles tun, um den 30. Jahrestag der DDR als eine Leistungsschau des Sozialismus auf deutschem Boden würdig zu begehen" („Neues Deutschland" vom 12. 9.). Und auf einer Ostberliner Konferenz von Bestarbeitern am 11. 9. 78 wurde von Partei- und Gewerkschaftsführern die Organisierung eines „gut vorbereiteten, freiwilligen und bezahlten Arbeitseinsatzes Ende Oktober" verlangt (ebenfalls „Neues Deutschland" vom 12. 9.). — Da ließ dann natürlich der Appell der Berliner „Elektrokohler" nicht lange auf sich warten.

Der Arbeitseinsatz vom 28. Oktober war die erste Maßnahme dieser Art, die in der gesamten DDR durchgeführt wurde; bisher gab es nur gezielte Sondereinsätze. Doch nicht anders als diese rief der große Arbeitseinsatz den Unmut der Werktätigen hervor. — Bereits Mitte September hatte sich das SED-Blatt „Neuer Tag" aus Frankfurt/Oder genötigt gesehen, sich mit dem wachsenden Unmut der Arbeiter über die zunehmenden Überstunden auseinanderzusetzen. Überstunden, hatte es geschrieben, seien „eine handfeste, wenig erfreuliche Realität unseres Wirtschaftsalltags"; es sei verständlich, „daß sich immer mehr Arbeiter darüber einen Kopf machen". — Auf wenig Begeisterung stieß auch der große „freiwillige Arbeitseinsatz".

Es ärgerte die Arbeiter erstens, daß eine von oben verordnete Maßnahme als „freiwillig" ausgegeben wurde. Zweitens stellt der Arbeitseinsatz eine teilweise Rücknahme der erst Anfang Oktober zugesicherten Erhöhung des Jahresurlaubs um drei Tage dar: wenn, wie angekündigt, weitere „freiwillige Arbeitseinsätze" folgen, bleibt von der hochgelobten Urlaubserhöhung faktisch nichts mehr übrig. Drittens ist dieser jüngste Arbeitseinsatz ein weiterer Schritt, um die Ausbeutung und Antreiberei in den Betrieben noch mehr zu steigern, die Kollegen zu immer höheren Arbeitsleistungen anzutreiben.

So schreibt zum Beispiel das „Neue Deutschland" über den Arbeitseinsatz im Chemiefaserkombinat „Wilhelm Pieck", Schwarza: „Der Tag der Hochleistungsschichten war hier gleichzeitig eine Generalprobe für 1979. Die Brigaden legten ihrer Arbeit bei Qualität und Materialverbrauch bereits die anspruchsvollen Ziele des kommenden Jahres zugrunde." — Und über das Eisenhüttenkombinat Ost heißt es: „Die 79er Kennziffern der Produktion im Quardotandem [Walzanlage im Kaltwalzwerk] liegen in der Tonnen-Stunden-Leistung um sieben Prozent höher. ... Der 28. Oktober sollte nun die Probe aufs Exempel sein. ... Der freiwillige Arbeitseinsatz zeigte, daß die Kennziffern für das bevorstehende Planjahr real, das heißt zu erfüllen sind."

Die in Vorbereitung des 30. Jahrestages in der DDR gefahrenen Sonderschichten sucht die DDR-Propaganda als eine Fortsetzung der von dem Arbeiterpionier Adolf Hennecke ausgelösten Bewegung zur Steigerung der Produktion herauszustellen. (Siehe auch den nebenstehenden Artikel.) Damit knüpft die SED-Führung bewußt an die frühere sozialistische Tradition der DDR an, um die Arbeiter leichter vor ihren Karren spannen zu können. Aber 1948 ist nicht 1978. Die Arbeiter lassen sich nicht täuschen. Sie wissen sehr wohl zu unterscheiden zwischen dem sozialistischen Staat von damals, der ihr eigener Staat war, und der heutigen revisionistischen DDR, in der sie von den Ostberliner Bonzen und Bürokraten und ihren Moskauer Oberherren immer schonungsloser ausgeplündert werden.



Am 7. Oktober 1977 kam es auf dem Ostberliner Alexanderplatz zu einem militanten Aufbegehren der Jugend gegen die provokativen Polizeimethoden der „Volks"polizei. Diesem Zeichen des wachsenden Widerstands gegen das sozialfaschistische Honecker-Regime ist das in der DDR entstandene „Alexlied" (Melodie: „Die freie Republik") gewidmet. Die Autoren sind unbekannt geblieben.

Alexlied

1
In dem Knast, da saßen
Bei Keibels in Berlin,
Schon seit vielen Wochen
Jugendliche drin.
Die auf dem Alex putschten,
In der heißen Nacht,
Oktober '77 —
Da hat es gekracht.

2
Nieder mit den Bullen!
Hört man hier und dort.
Russen raus aus Deutschland!
Und die Bonzen fort!
Was viele hier schon denken,
Sie riefen's ungeniert.
Gefährlich für die Herren,
Das hab'n die schnell kapiert.

3
Sie schickten ihre Bullen,
Armee war auch dabei.
Für alle war befohlen:
Heute Knüppel frei!
Auch die so heimlich tuen,
Man sah sie schon von fern,
Die Spitzel von der Staasi
Notierten für die Herrn.

4
Dann in der Keibelstraße,
Da sah erst mancher ein,
Der Terror hat Methode,
Das muß System hier sein!
Und Knast bis zu vier Jahren
Für eine Prügelei,
Das macht sogar Naive
Von Illusionen frei.

5
Das sei hier Sozialismus —
Was für ein Betrug!
Von Erichs faulen Phrasen
Haben wir genug.
Sie protzen, und sie prassen,
Nenn' sich noch rot dabei.
Erst wenn wir sie verjagen,
Die Macht hier wieder haben,
Dann sind wir wieder frei!

Adolf Hennecke — damals und heute?

Es ist 30 Jahre her. Im Oktober 1948 förderte der Bergmann Adolf Hennecke in einer Schicht 24,4 Quadratmeter Steinkohle statt 6,3 Quadratmeter. 287 Prozent mehr als die Norm. „Normdrücker!" sagten viele. „Nur so kommen wir voran!" sagten nur wenige. Und doch — damals stimmte es. Wie sah es denn aus in dieser Zeit?

1948...

...war eines der schlimmsten Hungerjahre nach dem Krieg. Die Sorge um das tägliche Brot war das beherrschende Problem in den Familien der Arbeiter und anderen einfachen Werktätigen. Lebensmittel und andere Dinge des täglichen Bedarfs waren rationiert. Ein Facharbeiter verdiente zwischen 200 und 300 Mark. Der Schwarze Markt blühte. Die wenige Industrie hier war noch zum großen Teil zerstört, die Produktivität in den Betrieben, die Erträge in der Landwirtschaft waren äußerst gering. Es mangelte an allem.

Trotzdem waren es Jahre eines hoffnungsvollen Neubeginns im Osten Deutschlands. Die Bodenreform hatte den Boden in die Hände der Bauern gelegt. In die Schulen zog ein fortschrittlicher, demokratischer Geist ein. Die Kriegsverbrecher und höheren Nazis erhielten ihre verdiente Strafe. Die großen Konzerne wurden enteignet. Unter Führung der SED begann der Aufbau des Sozialismus. All dies vollzog sich in heftigem Klassenkampf. Von täglicher RIAS-Hetze über Sabotage bis zum Mord an SED-Funktionären — alle Mittel setzten die westlichen Imperialisten und die hiesigen Reaktionäre ein, um die fortschrittliche Entwicklung umzukehren.

„Macht der Arbeiterklasse" — das war damals keine Phrase. Die Gewerkschaft zum Beispiel vertrat die Interessen der Kollegen und hatte im Betrieb ein eigenes Wort mitzureden. Die Arbeiter konnten offen Kritik üben, wenn Leiter arrogant oder un-



Adolf Hennecke wurde 1948 zum Initiator einer Aktivistenbewegung in Industrie und Landwirtschaft.

fähig waren. So manch einer mußte gehen. Aufgeblähte Verwaltungsapparate wie heute gab es kaum. Produktion für den Bedarf der Werktätigen, nicht für Profitanteile, Prämien usw. war im allgemeinen die Praxis in den Betrieben. Also waren es wirklich „Volkseigene Betriebe"! Und da war es auch kein Betrug, wenn die SED sagte: „Erst mehr arbeiten — dann mehr essen."

Auf die eigene Kraft zu vertrauen und sozialistische, keine Schwarzmarktinitiative zu entfalten, das war tatsächlich zu dieser Zeit ein Weg, der einzige, um die Nachkriegsnot schrittweise zu beseitigen und das Leben aller zu verbessern.

Denn es war ja nicht so, daß die Masse der höheren Funktionäre, Leiter usw. in die eigenen Taschen steckten, was die Werktätigen erarbeiteten. Damals gab es noch keine neuen Ausbeuter, die den Werktätigen die Früchte ihrer Arbeit abnehmen konnten. Darum war die Tat A. Henneckes von 1948 fortschrittlich, deshalb war auch die Aktivistenbewegung in den ersten Jahren der DDR eine Bewegung vieler Arbeiter im Interesse der Arbeiter. Und was die „Normdrückerei" betrifft: Bis 1953 gab es, obwohl die Normen in zahllosen Fällen übererfüllt wurden, keine höhere Festlegung der Normen.

1978...

...kann von „Sozialismus in der DDR" keine Rede mehr sein. Was soll das für ein Sozialismus sein, wo Verkäuferinnen 400 Mark, einige Sänger an der Staatsoper das 40fache (!) verdienen und zum Beispiel Honecker ein „freies Konto" hat. Das ist Kapitalismus; und zwar Staatskapitalismus, weil die höchsten Bonzen in Partei und Staat gemeinsam über allen Reichtum verfügen, den wir schaffen. Aber eben Kapitalismus, weil sie von der Ausbeutung der Werktätigen, vom Profit leben. Und das führt hüben wie drüben in die roten Zahlen, in die Krise.

Die wirtschaftliche Situation in der DDR wird immer schlechter. Chaos in vielen Betrieben. Oft wird tagelang nicht produziert, weil kein Material da ist. Dann müssen wieder Überstunden gemacht werden. In der Produktion Arbeitskräftemangel, in der Verwaltung tritt man sich fast gegenseitig tot. Vom „technischen Fortschritt" ist auch nicht allzuviel zu merken. Dazu kommt der immer stärkere wirtschaftliche Druck von außen, vor allem steigende Preise vom „Bruder" Sowjetunion und auch vom Westen, der in der DDR immer mehr Fuß faßt.

Als waschechte Monopolisten wälzen Honecker und Konsorten alle Lasten der Wirtschaftsmisere auf uns ab. Sie treiben uns ständig stärker zur Arbeit an, ob durch neue Lohnformen verbunden mit krassen Normerhöhungen, durch Mehrschichtarbeit



Parteiversammlung in einem Großbetrieb: Dresden 1949

oder durch Initiativschichten. Auch die Aktivistentradition pachten sie für ihre Zwecke. Mit den Aktivistenauszeichnungen und ähnlichem wollen sie uns Beruhigungspillen verabreichen und außerdem Mißgunst und Zwietracht unter den Kollegen schaffen. Aber immer mehr Kollegen erkennen das und lassen sich nicht mit 200 oder 300 Mark billig besänftigen. Auch als Neuerer sollen wir Initiative zeigen, damit sie möglichst hinterher die Normen hochsetzen können... In all den Jahren ist das Motto der SED für solche Kampagnen etwa gleich geblieben: „Durch Arbeitstaten zu einem besseren Leben für alle!" Aber im Unterschied zur Hennecke-Zeit ist es heute total verlogen! Denn wir müssen (gefragt werden wir ja schon lange nicht mehr) immer härter arbeiten. Und es kommt fast nichts dabei für uns heraus. Die Bonzen sorgen nicht einmal für eine halbwegs zufriedenstellende Versorgung. Das heißt eben gerade, daß wir wieder ausgebeutet werden.

Wo die Gelder bleiben? Nur ein Beispiel: Am S-Bahnhof Friedrichstraße in Berlin bauten westliche Firmen ein Handelszentrum, in dem Vertretungen westlicher Konzerne und ähnliche Leutchen wahrlich komfortabel untergebracht sein werden. Kostenpunkt: schlappe 550 Millionen Dollar. Sollen die Zehntausende Berliner Wohnungssuchende sich etwa über diesen Protzbau freuen? Sollen sie, falls sie zufällig Arbeiter eines Exportbetriebes sind, noch besondere Initiative zeigen, damit die nötigen Dollars für das Häuschen wieder in Erichs Kasse fließen? Nur Zyniker von der SED können das fordern! Dies Beispiel zeigt wie -zig andere auch: Die Behauptung der SED-Propaganda, daß die wachsenden Arbeitsanstrengungen allen zugute kämen und daß es sich daher lohne, Initiative zu zeigen, ist eine faustdicke Lüge der neuen Kapitalisten.

(Aus „Roter Morgen", Ausgabe DDR, Oktober 1978)

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Bremen: Werftarbeiter der AG Weser demonstrierten für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze

Am 25. Oktober demonstrierten in Bremen 3.000 Kollegen der Werft AG Weser gegen die Vernichtung ihrer Arbeitsplätze. Die Empörung der Werftarbeiter richtet sich auch gegen die Kurzarbeit. Teilweise wird bis zu 60 Prozent Kurzarbeit verfahren. Viele Kollegen kommen dadurch auf nur 800 bis 900 Mark Monatslohn. In den vergangenen drei Jahren wurden bereits 2.000 Beschäftigte auf der Werft entlassen. Die Werftbosse lehnen sogar Aufträge ab und sind nur bereit, besonders lukrative staatliche Aufträge zu übernehmen. Vieles deutet darauf hin, daß bereits die Weichen gestellt werden, um die Werft ganz stillzulegen.

Betriebsratstelephone abgehört

Im Auftrag der Firmeninhaber montierten im Raum Hannover zwei Dedektive in verschiedene Telephonapparate von Betriebsräten der Firma „Wanzen". Die Sache kam heraus und die Betroffenen erstatteten Anzeige. Das Kasseler Schöffengericht verurteilte die Detektive wegen Verstoßes gegen das Fernmeldeanlagegesetz zu geringen Geldstrafen, die praktisch auf ein Monatsgehalt hinauslaufen. Den Kapitalisten, die den Auftrag erteilt hatten, passierte gar nichts.

BASF: 11 Kollegen starben an Krebs wegen eines Giftstoffes an einem Arbeitsplatz

30 Chemiearbeiter bei BASF in Ludwigshafen mußten an einer Anlage mit dem krebserregenden Stoff Dichlormethyläther arbeiten. Mehr als die Hälfte von ihnen ist seit 1969 an Bronchialkrebs erkrankt. Elf von ihnen sind inzwischen gestorben. Erst nachdem die Krebserkrankung bei mehreren Arbeitern bekannt wurde, hat man die Arbeiten mit Dichlormethyläther eingestellt. Es gilt als wahrscheinlich, daß auch die Kollegen, bei denen der Krebs bislang noch nicht aufgetreten ist, noch von der heimtückischen Krankheit heimgesucht werden. Hätte man die Wirkung des Dichlormethyläthers untersucht (zum Beispiel durch Tierversuche), bevor man die Kollegen damit arbeiten ließ, könnten alle noch gesund und am Leben sein. Aber für den Profit gehen die Kapitalisten skrupellos über die Leichen von Arbeitern.

Polier muß Arbeit als Maurer annehmen

Das Arbeitsamt hatte einem Arbeitslosen, der sich weigerte, eine Arbeitsstelle als Maurer anzunehmen, weil er bisher ausschließlich als Polier oder Bauführer tätig war, das Arbeitslosengeld entzogen. Der Betroffene ging dagegen vor Gericht. Das bayrische Landessozialgericht entschied jetzt, daß der Entzug der Zuwendungen aus der Arbeitslosenversicherung berechtigt sei. Grundsätzlich sei Arbeitslosen auch eine Tätigkeit zuzumuten, durch die sich ihre berufliche und finanzielle Lage gegenüber ihrer früheren Tätigkeit erheblich verschlechtert.

Siemens-Aktionäre: 16 Prozent Dividende plus Steuergutschrift

Die Siemens-Aktionäre erhalten für das Geschäftsjahr 1977/78 wieder eine Dividende von 16 Prozent. Die inländischen Aktionäre erhalten zusätzlich eine Steuergutschrift von 4,50 DM pro 50-DM-Aktie. Damit kommen sie insgesamt auf 25 Prozent Dividende. Das Grundkapital der Siemens AG soll um 87,5 Millionen Mark auf insgesamt 1,728 Milliarden Mark erhöht werden. Die jungen Aktien, die dadurch ausgegeben werden, sind für das Geschäftsjahr 1977/78 schon voll gewinnberechtigt. Das bedeutet: Der Konzern wird eine Dividendensumme von ungefähr 400 Millionen Mark ausschütten. Verteilte man diese Summe auf die insgesamt 322.000 Beschäftigten der Firma im In- und Ausland, dann würde jeder einzelne ca. 1.200 Mark erhalten. Also etwa ein zusätzliches Monatseinkommen. Ein interessanter Gedanke in bezug auf die anstehende Metalltarifrunde!

MAN-Augsburg: Lohneinbußen bis zu 500 Mark

Die MAN-Kapitalisten treiben ihre Profite unter anderem durch rücksichtslose Angriffe auf die Belegschaft im Augsburger MAN-Werk in die Höhe. Seit 1970 haben sie durch direkte Entlassung von 1.000 Kollegen und durch sogenannte „natürliche Abgänge" die Belegschaft von 10.100 auf 7.441 im ersten Quartal dieses Jahres „abgebaut". Seit 1975 wird in dem Werk Kurzarbeit verfahren. Die monatliche Ausfallzeit beträgt teilweise für die einzelnen Betroffenen bis zu elf Tagen. Neuerdings sind sogar Angestellte im Verwaltungsbereich durch die Kurzarbeit betroffen. Starke Unruhe unter der Belegschaft haben die jetzt angekündigten Umsetzungen ausgelöst, durch die einzelne Beschäftigte — zum Beispiel Kollegen aus der Modellschreinerei — Lohneinbußen bis zu 500 Mark monatlich hinnehmen sollen. Die IGM-Bonzen haben bislang keinen Finger gegen diese unerhörten Angriffe auf die Interessen der Arbeiter und Angestellten gerührt. Jetzt, wo die Empörung in der Belegschaft hohe Wellen schlägt, erklärte der Augsburger IGM-Bevollmächtigte Arthur Fergg, die Personalpolitik der Firma habe nun einen Stand erreicht, „der nicht mehr stillschweigend hingenommen" werden könnte. Bislang konnte also alles stillschweigend hingenommen werden? Fergg sagte ferner, die Gewerkschaft könne für das Verhalten der Belegschaft „nicht mehr garantieren". Das ist es also!

„RGO-Nachrichten" Nr. 8 erschienen



Die neue Ausgabe der RGO-Nachrichten enthält unter anderem folgende Artikel:

- „Stahlindustrie: Streik die einzige Antwort"
- „Die Klöckner-Arbeiter sind kampfbereit"
- „Umschüler: schikaniert und knapp gehalten"
- „Den NGG-Bonzen auf die Finger geklopft"
- „Es soll weiter geschnüffelt werden — Berufsverbote: Jagd auf fortschrittliche Werktätige"

Wir fordern unsere Leser auf, die Verbreitung der RGO-Nachrichten zu unterstützen!

Die „RGO-Nachrichten" sind zu beziehen über:

Diethmars Theil
4600 Dortmund 1
Postfach 410332

Spontaner Streik der Müllwerker und Straßenreiniger in Köln

Donnerstag vergangener Woche. Die Mülltonnen, die zum Entleeren bereitgestellt sind, bleiben voll. Ebenso bleiben auch die Straßen der Stadt ungefegt. Denn am Morgen haben rund 650 Kollegen von der Müllabfuhr und von der Straßenreinigung spontan die Arbeit niedergelegt.

Sie formierten eine Demonstration und marschierten vor das Rathaus. 500 Kollegen versammelten sich hier und protestierten gegen rücksichtslose Rationalisierungsmaßnahmen und drohende Entlassungen. Mindestens 60 Planstellen sind gegenwärtig bei der Kölner Müllabfuhr und Straßenreinigung nicht besetzt. Das bedeutet eine enorme Arbeitshetze für die ohnedies schon schwerarbeitenden Kollegen. So sparen die Herren im Rathaus auf dem Rücken der Arbeiter Gelder ein, die sie dann hemmungslos den Unternehmern in Form von Millionensubventionen in den Rachen werfen.

Schon seit längerem wuchs deshalb die Unruhe und der Protest unter den Kollegen in den städtischen Betrieben. Man kann es nur als bodenlose Unverfrorenheit bezeichnen, daß als Reaktion darauf aus dem Rathaus die Beschuldigung laut wurde, die Straßenreinigungsarbeiter seien „Faulenzer". Diese Bonzen in ihren dicken Sesseln glauben wohl, sie könnten den Arbeiter wie Dreck behandeln?! Der spontane Streik wird ihnen in dieser Hinsicht eine Lektion gewesen sein. Der Streik am Donnerstag richtete sich in erster Linie gegen die Absicht der Stadt, im Zuge der Umstellung auf modernere Anlagen und Geräte 130 Kollegen zu entlassen. Streikende Kollegen versammelten sich auch auf einer schon seit längerem angesetzten Personalratsversammlung. Als der für das Stadtreinigungs- und Fuhramt zuständige Stadtbonze den Saal betrat, gellte ihm ein lautes Pfeifkonzert entgegen, worauf er fluchtartig das Weite suchte.

Streikende Müllarbeiter 1973 in Wolsburg

Erhöhung der Gewerkschaftsbeiträge

Erpressermethoden!

Die unverschämten Methoden, mit denen zur Zeit die IGM-Bonzen in vielen Betrieben den sogenannten „satzungsmäßigen Beitrag" (ein Prozent des Bruttolohns) durchsetzen wollen, rufen überall unter den einfachen Gewerkschaftsmitgliedern helle Empörung hervor.

In den Großbetrieben geht der IGM-Apparat in der Regel so vor: Die Ortsverwaltungsstellen verschicken Rundschreiben an die Mitglieder, in denen ihnen eröffnet wird, daß künftig der erhöhte Beitrag in Absprache mit der Firmenleitung automatisch vom Lohnbüro abgebucht würde. Und beispielsweise in dem entsprechenden Rundbrief für die IGM-Mitglieder bei den VW-Werken heißt es dann weiter: Wer nicht bereit sei, den höheren Beitrag zu bezahlen, habe dies der zuständigen Verwaltungsstelle schriftlich mitzuteilen, *„wobei dann die satzungsrechtlichen Konsequenzen (Austritt aus der IG Metall) auf sich genommen werden müssen."*

Auf gut deutsch: Entweder du zahlst, oder du fliegst raus! Bei VW hat dieses unverfrorene Vorgehen der IGM-Bonzen einen besonderen Hintergrund. Sie ließen gleichzeitig ein Flugblatt verteilen, in dem mitgeteilt wird, daß die Verhandlungen über einen neuen Manteltarifvertrag für die VW-Werke kurz vor dem Abschluß stehen. Und in Fettschrift ist dann in diesem Flugblatt folgendes zu lesen: *„Der Geltungsbereich des neuen Manteltarifvertrages erstreckt sich erstmals nur auf Werksangehörige, die Mitglieder der IG Metall sind. Damit wird deutlich gemacht, daß die IG Metall tarifvertragliche Verbesserungen nur für ihre Mitglieder durchsetzt."*

Was anderes ist das, als offene Erpressung? Die IGM-Bonzen wissen ganz genau, daß sie keine echten Argumente haben, um bei den Mitgliedern Verständnis für die unverschämten Beitragserhöhungen zu erwecken. Ist doch die Empörung der Kollegen über den unverfrorenen Griff der Bonzen in ihre Taschen nur zu berechtigt. Nur ein verschwindender Bruchteil der Mitgliedsbeiträge fließt in die Streikkassen. Praktisch ist es doch so, daß das Beitragsaufkommen von den DGB-Bonzen zur Finanzierung eines arbeiterfeindlichen Funktionärsapparates und einer reaktionären Politik benutzt wird, die die Schwächung der Kampfkraft und der Spaltung der Gewerkschaftsbewegung dient, der Abwürgung jedes konsequenten Kampfes gegen die kapitalistische Ausbeutung.

Bonn schenkt Flick eine Milliarde

Die Bundesregierung will dem größten Privatunternehmer Deutschlands, dem Konzernherrn und Milliardär Friedrich Karl Flick, eine knappe Milliarde Mark Steuergelder schenken.

Flick herrscht über ein wirtschaftliches Imperium von mehr als 100 Firmen verschiedener Branchen. Ein Heer von 46.000 Arbeitern und Angestellten müssen für diesen Profithai schuften, und sie schafften ihm zuletzt einen Jahresumsatz von 6,7 Milliarden Mark.

Anfang 1975 hat Flick den Großteil seines Daimler-Benz-Aktienbesitzes an die Deutsche Bank verkauft. Diese Transaktion brachte ihm einen Gewinn von rund 1,8 Milliarden Mark. Nach den geltenden Steuersätzen hätte Flick nun 56 Prozent dieser Summe an das Finanzamt abführen müssen. Aber bis heute hat er keinen Pfennig bezahlt, und es sieht ganz so aus, als müßte er auch künftig keinen Pfennig bezahlen.

Es gibt eben für solche Fälle gewisse Paragraphen (dafür haben die eigentlichen Drahtzieher schon gesorgt, die hinter dem „Gesetzgeber" stehen). Paragraphen, die es der Regierung ermöglichen, die Finanz- und Industriemagnaten ganz legal von ihren Steuerpflichten zu entbinden. Auf zwei dieser famosen Paragraphen stützt sich nun Flick.

Es handelt sich um Paragraph 6 b des Einkommenssteuergesetzes und um Paragraph 4 des Auslandsinvestitionsgesetzes. Sie besagen, daß für Gewinne, die aus einem Firmenverkauf stammen, Steuerfreiheit gewährt wird, wenn diese Gewinne erneut investiert werden, und zwar müssen diese Investitionen „volkswirtschaftlich besonders förderungswürdig und geeignet sein, die Unternehmensstruktur eines Wirtschaftszweigs zu verbessern oder einer breiten Eigentumsstreuung zu dienen". Die Entscheidung darüber, in welchem Fall diese Gummibestimmung zutrifft, obliegt der Bundesregierung.

Flick erwarb nun zunächst für 290 Millionen aus seinem Supergewinn einen 11prozentigen Anteil an dem New Yorker Chemietrust W. R. Grace & Co. Offensichtlich wird dadurch die „Unternehmensstruktur eines Wirtschaftszweigs verbessert", denn Bonn erklärte diese Investition Flicks für besonders förderungswürdig. Daraufhin wollte Flick noch mehr Gutes für die Allgemeinheit tun. Er machte weitere 560 Millionen locker und erwarb weitere Anteile an besagtem amerikanischen Chemieriesen. Es gilt bereits als sicher, daß Bonn auch dieser Investition das Prädikat „besonders wertvoll" zubilligen wird.

Mit weiteren 200 Millionen stieg Flick sodann bei einem amerikanischen Technikkonzern ein. Und bevor am 31. Dezember die Frist für die steuerbegünstigte Wiederanlage abläuft, will Flick den Rest seines Daimler-Gewinnes in verschiedene Projekte im Inland investieren. Er übernimmt zum einen 51 Prozent des Kapitals von dem Kölner Versicherungskonzern Gerling. Zum anderen steckt er einige hundert Millionen in Rationalisierungsmaßnahmen bei seiner Papierfabrik Feldmühle AG sowie bei der Flick-eigenen Gesellschaft Buderus-Wetzlar.

Daß die zuletztgenannten Investitionen offensichtlich der Vernichtung von Arbeitsplätzen dienen, hindert die Bundesregierung allem Anschein nach nicht daran, auch diesen, wie allen anderen Flick-Transaktionen, die „besondere Förderungswürdigkeit" zu bestätigen. Erst vor kurzem erklärte der Staatssekretär im Finanzministerium Karl Haehser (SPD), die Transaktionen Flicks stimmten voll „mit der Grundhaltung der Bundesregierung überein".

RGO-Besuch auf Hermosa

Solidarität hilft siegen!

Volkskorrespondenz

Streik auf der Hermosa im Europahafen*. Die Kollegen der Bremer RGO-Gruppen von Klöckner und aus dem Hafen beschließen, eine Delegation auf das besetzte Schiff zu schicken. Kuchen werden gebakken. Eine alte Arbeiterfrau spendet Eier, Zucker und Mehl mit den Worten: „Wenn gestreikt wird, dann muß man helfen."

Am Sonntag früh geht es dann los. Mit Kind und Kegel und mit Kuchenpaketen beladen, klettern die Kollegen und Genossen der RGO die Gangway hoch. Die Streikwache versperrt den Weg. Wer kommt da? Was wollen die? Englisch-Brocken fliegen hin und her. Da lächelt der Streikposten plötzlich und führt die deutschen Kollegen in den Bauch des Schiffes zum Streikrat. Jetzt wird die ganze Mannschaft zusammengetrommelt, und im Nu hat sich die Messe mit Seeleuten gefüllt. Umringt von den Streikenden, übergeben die Kollegen der RGO zwei Körbe mit Kuchen und eine auf englisch abgefaßte Erklärung, die sofort für alle ins Spanische übersetzt wird:

„Liebe Kollegen der Hermosa! Wir kommen heute auf Euer Schiff, damit ihr wißt, ihr steht nicht allein da. Euer Streik ist von großer Bedeutung für den Kampf der Seeleute der Welt gegen das verbrecherische Ausflaggen der Schiffe durch die Reedereikapitalisten. Auch deutsche Schiffe werden immer mehr ausgeflaggt. Zustände wie bei Euch gibt es immer öfter auch auf unseren deutschen Schiffen. Aber die Arbeiter der Seeschiffahrt lassen sich nicht zu Sklaven machen. — Wir Kollegen der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition von der Stahlhütte Klöckner und aus dem Hafen in Bremen solidarisieren uns vollständig mit euren Forderungen. Unsere Frauen und Mütter haben zum Zeichen der Unterstützung für euch Kuchen gebacken. Bleibt standhaft!"

Großer Beifall der Seeleute brandet auf. Mit bewegter Stimme bedankt sich einer ihrer Streikführer und erklärt: „So eine Solidarität haben wir bisher noch nicht erlebt." Dann wird Kaffee gekocht und ein gemütlicher Klönschnack beginnt. Wer sind die Freunde? Wer sind die Feinde? Wie ist die Rolle der ÖTV und der ITF? Kann man ihren Verhandlungen mit dem Reeder trauen? Erfahrungen werden ausgetauscht. Die Kollegen der Hermosa wissen, daß sie wachsam sein müssen, aber sie sind zuversichtlich. Ein Mitglied des Streikrats sagt: „Wir haben den Kampf in der Hand. Und wir lassen uns von niemandem reinreden!"

Später beim Rundgang durchs Schiff sehen die Kollegen der RGO mit eigenen Augen die unbeschreiblichen Verhältnisse: Der Fußboden ist überall durchgerostet und mit Zement geflickt. Braune Rostfahnen an allen Wänden. In den Kajüten — was man da auch anfaßt, alles ist lose und locker. Und das Schlimmste: die Toiletten ohne Wasserversorgung.



RGO-Kollegen besuchen die streikenden Seeleute auf der Hermosa.

Während des Rundgangs berichten die Kollegen der Hermosa, daß auf der anderen Seite des Hafenbekens ein arabischer Frachter liegt, auf dem die gleichen Zustände herrschen wie bei ihnen. Sie haben schon Kontakt aufgenommen zur Mannschaft da drüben. Und sie haben an Deck der Hermosa ein großes Trasparent in Richtung des Arabers angebracht: „Wir streiken für ITF-Verträge! Und ihr??"

Der Abschied gegen mittag ist herzlich. Die RGO-Kollegen müssen versprechen wiederzukommen, und für den Fall der Fälle hinterlassen sie eine Telefonnummer. Aber nicht nur die RGO steht bereit, im Fall eines Polizeieinsatzes zu helfen, der Streikrat erzählt, daß auch die Bremer Nautik-Studenten eine Telefonnummer abgegeben haben und zur handgreiflichen Unterstützung bereit sind. Solidarität hilft siegen!

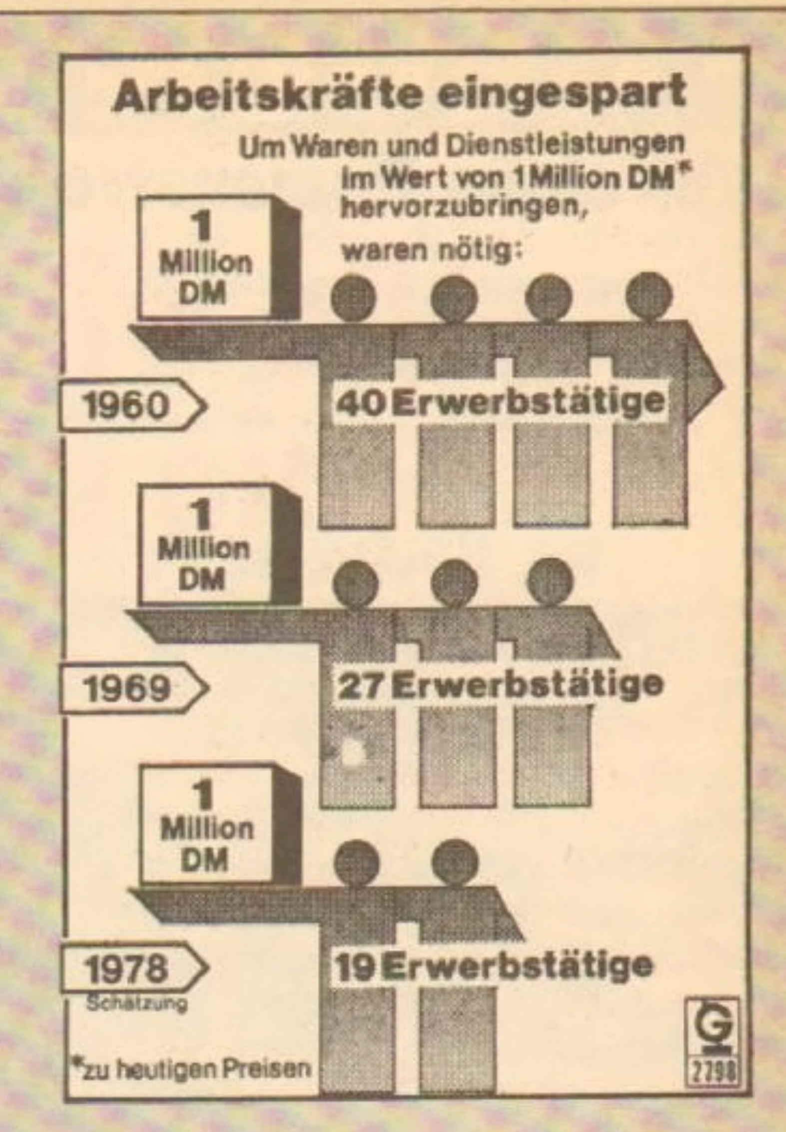
Sonntag abend: Die Belegschaft des saudi-arabischen Frachters „El Riyadh" tritt in den Streik. Der Streikrat der Hermosa teilt die eigene Mannschaft und schickt die Hälfte der Leute auf die „El Riyadh" zur Unterstützung.

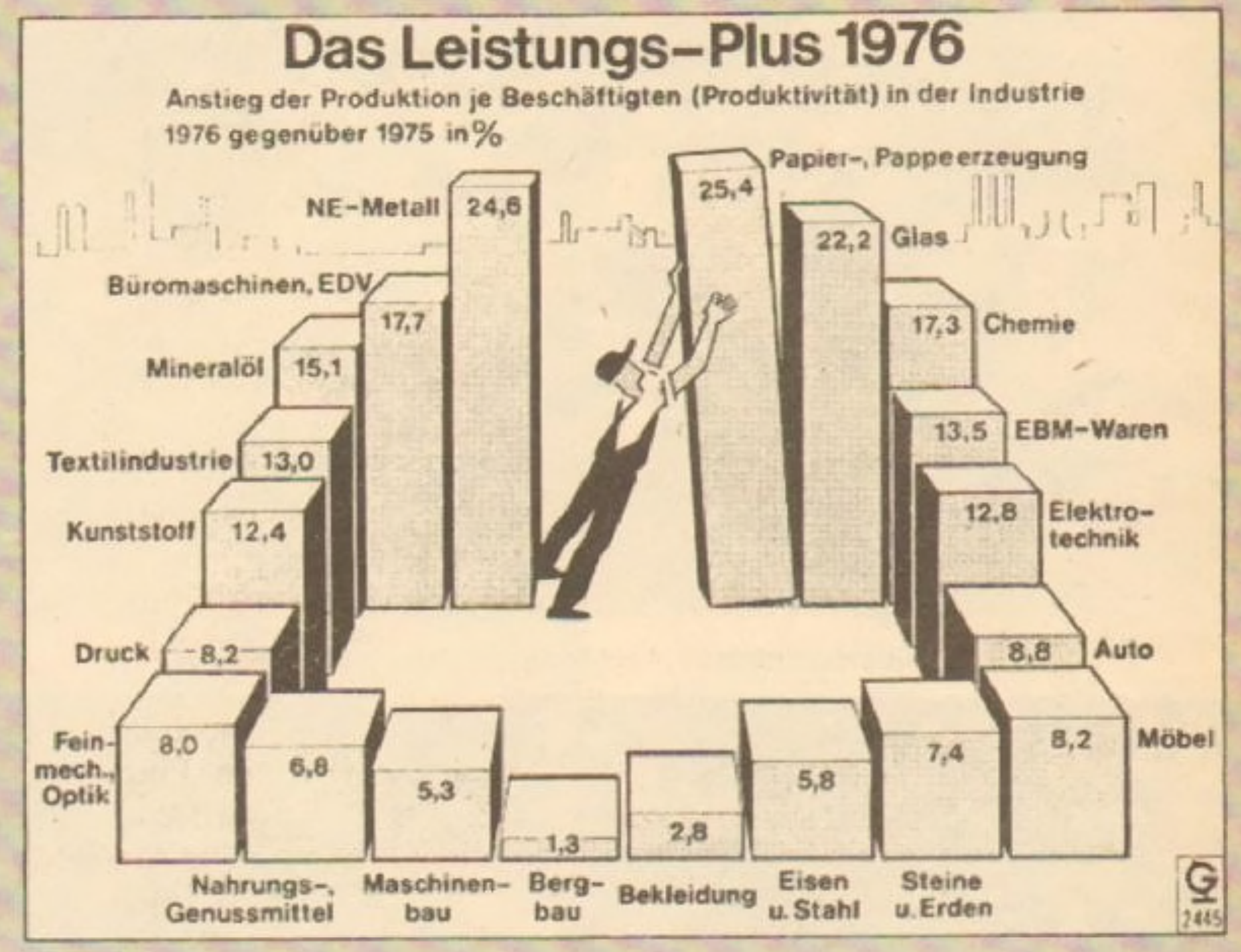
Mittwoch abend: Auf der Hermosa wird gefeiert. Die Erfüllung fast aller Forderungen ist zugesagt worden. Mitten in die frohe Stimmung bringt ein Genosse den neuesten „Roten Morgen" mit einem Bericht über den Streik aufs Schiff. Die Zeitung wird ihm aus den Händen gerissen. Viel zu wenig hat er mit. An diesem Abend kommen sogar Kollegen einer GEW-Betriebsgruppe. Deutsche und italienische revolutionäre Lieder werden gemeinsam gesungen.

Der Streik auf der El Riyadh geht weiter. Aber auch die Hermosa, so hat der Streikrat beschlossen, bleibt vorerst im Hafen, solange, bis auf die Zusagen die Taten folgen, bis die Dollars und die Verträge auf dem Tisch liegen und bis die Reparaturen am Schiff gemacht worden sind.

*(Siehe Bericht im letzten RM)

So verschärfen die Kapitalisten die Ausbeutung





Die beiden abgebildeten Schaubilder stammen von dem bürgerlichen Kartendienst „Globus". Die erste Graphik zeigt, daß die Kapitalisten aus den Arbeitern heute mehr als doppelt so hohe Werte herauspressen als im Jahr 1960. Es handelt sich um eine Berechnung nach heutigen Preisen. Tatsächlich schafft also die gleiche Anzahl Arbeiter heut mehr als doppelt so viel Werte wie 1960. Möglich wurde das hauptsächlich durch zwei Faktoren: Erstens ist durch modernere Produktionsverfahren und Techniken die Produktivität der Arbeit gestiegen; zweitens wurden die Arbeiter gezwungen, schneller zu arbeiten. Natürlich hat sich die Lage der Arbeiter seit 1960 nicht entsprechend verbessert. Im Gegenteil! Die Reallöhne sind kaum gestiegen. Die gesundheitlichen Belastungen sind stärker geworden. Viele Arbeiter und Angestellte geraten mehr und mehr ins Elend, weil sie arbeitslos wurden und keine Stelle mehr finden. Die Kapitalisten jedoch eignen sich die zusätzlich geschaffenen Werte an. Ihr Reichtum ist noch gewaltiger geworden.

Die zweite Graphik zeigt, wie stark innerhalb eines einzigen Jahres (von 1975 bis 1976) die Produktion an Gütern pro Beschäftigtem gestiegen ist. Durch Modernisierung der Produktion und gleichzeitiges Steigern der Arbeitshetze haben sie es geschafft, im wichtigsten Industriezweig, der Metallindustrie, binnen eines Jahres pro Beschäftigtem die Menge der Erzeugnisse um fast ein Viertel zu steigern. In der Papier- und Pappeerzeugung sogar um etwas mehr als ein Viertel. In der gesamten Industrie der Bundesrepublik betrug die Steigerung der erzeugten Warenmenge pro Beschäftigtem 1976 immerhin fast 10 Prozent. Mit 2,5 Prozent weniger Beschäftigten wurde 7,2 Prozent mehr produziert. Im gleichen Jahr ist dagegen die Kaufkraft der Werktätigen erheblich zurückgegangen. Erstens, weil es weniger Beschäftigte und mehr Arbeitslose gab. Und zweitens ist die Kaufkraft der einzelnen beschäftigten Arbeiter und kleinen Angestellten in der Regel gesunken, weil die Lohnerhöhungen nicht mit den steigenden Preisen Schritt gehalten haben.

Zahl der Dauerarbeitslosen stark angewachsen

Immer stärker wächst die Zahl jener Arbeitslosen, die schon jahrelang vergeblich einen neuen Arbeitsplatz suchen. Im Mai dieses Jahres waren bereits 22,2 Prozent aller registrierten Arbeitslosen mindestens seit einem Jahr ohne Arbeit. Das sind 202.900 Kolleginnen und Kollegen! Ein Jahr davor waren es noch 18,1 Prozent. Der Anstieg ist also erheblich. Noch weit stärker stieg jedoch der Anteil derjenigen, die bereits seit mindestens zwei Jahren vergeblich nach Arbeit gesucht haben: Er nahm gegenüber dem Mai 1977 bis zum Mai 1978 um 31.900 bzw. 54,4 Prozent zu!

Hinter diesen nüchternen Zahlen steht ein zunehmendes Elend von Zehntausenden, ja Hunderttausenden Menschen aus dem Proletariat. Man hat ihnen die Existenzgrundlage geraubt. Unsere „soziale Marktwirtschaft" gibt ihnen keine Chance mehr auf ein menschenwürdiges Dasein. Viele von ihnen sind auf Almosen vom Sozialamt angewiesen, denn sie erhalten nicht einmal mehr Arbeitslosenhilfe. Von den 901.636 registrierten Arbeitslosen erhalten nur 439.850 Arbeitslosenunterstützung. Das ist nicht einmal die Hälfte! 150.828 erhalten die erheblich niedrigere Arbeitslosenhilfe. Es bleibt eine Differenz von 310.958 registrierten Arbeitslosen, die kein Geld aus der Arbeitslosenversicherung erhalten. In der Regel deshalb, weil sie entweder keinen Versicherungsanspruch haben, wie viele Jugendliche, oder aber weil ihnen das Arbeitslosengeld entzogen worden ist.

Das Lügenmärchen von der „Arbeitsunwilligkeit" und die Realität

Es ist bezeichnend, daß das Schicksal der Dauerarbeitslosigkeit vorwiegend die älteren Kollegen trifft sowie diejenigen, die gesundheitlich angeschlagen beziehungsweise körperbehindert sind. 27 Prozent derjenigen registrierten Arbeitslosen, die schon seit mindestens zwei Jahren keine Stelle gefunden haben, sind mindestens 55 Jahre alt. Und der Anteil der gesundheitlich angeschlagenen und der Behinderten unter den Dauerarbeitslosen beträgt sogar 54,7 Prozent.

Hier wird deutlich, was für ein ungeheuerlicher Zynismus es ist, wenn von seiten der Kapitalisten und ihrer Komplizen in den Parteien und im Staatsapparat die Lüge aufgetischt wird, unter dem sogenannten „harten Kern" der Dauerarbeitslosen befinde sich ein beträchtlicher Teil an Arbeitsunwilligen. In Wahrheit verhält sich die Sache doch so: Skrupellos nutzen die Unternehmer die Wirtschaftskrise aus, um ihr Potential an Lohnsklaven durchzuforsten. Diejenigen Arbeiter und Angestellten, die sich im Laufe der Jahre und Jahrzehnte in den kapitalistischen Knochenmühlen krumm und krank geschuftet haben, deren Arbeitskraft mehr oder weniger geschwächt und verschlissen ist, sowie die gesundheitlich labilen und angeschlagenen, werden rücksichtslos abgeschoben. Auf dem Arbeitsmarkt fallen diese Proletarier durch das Sieb wie ein fehlerhaftes Teil bei der Qualitätskontrolle. Wenn überhaupt, dann bietet man ihnen Arbeitsstellen zu Hungerlöhnen und bei unzumutbaren Arbeitsbedingungen an.

Recht auf Arbeit? — Im kapitalistischen Ausbeutersystem gibt es das bestenfalls als das „Recht", dich als Lohnsklave vom Kapital rücksichtslos auspressen zu lassen. Und dieses „Recht" hast du nur solange, wie du den Unternehmern Profit, und zwar ein bestimmtes Maximum an Profit bringst. Die Herren, die es sich erlauben können, mittels des Fernsehens, des Rundfunks und der Presse durch ihr Geschrei von der „Arbeitsunwilligkeit" die Arbeitslosen zu diffamieren und zu verhöhnen — sie sind es doch, die immer mehr Werktätigen den Arbeitsplatz rauben. Ihre Devise ist es: aus möglichst wenig Arbeitskräften möglichst viel herausholen und dadurch Höchstprofite zu erzielen.

Die Massenarbeitslosigkeit wird weiter anwachsen

Glaubt man den scheinheiligen Sprüchen der Bonner Parteien und der Regierung, so gilt ihr ganzes Streben der „Wiederherstellung der Vollbeschäftigung". Jedoch ist dies reine Augenwischerei. Nicht nur, daß diese Heuchler die Arbeitsplatzvernichtungsfeldzüge der Kapitalisten billigen und unterstützen, weil sie ja die Belange des Kapitals vertreten und den Profit zur heiligen Kuh erklären. Sie wissen auch sehr gut, daß es nicht die geringste Aussicht auf ein Schwinden der Massenarbeitslosigkeit gibt. Sogar alle Prognosen der bürgerlichen Wirtschaftsforschung laufen darauf hinaus, daß nicht nur mit keinem Abbau der Arbeitslosigkeit zu rechnen ist, sondern daß im Gegenteil in den 80er Jahren eine unabsehbare Verschärfung der Massenarbeitslosigkeit droht.

Vor wenigen Tagen legte zum Beispiel das Münchner Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung eine Studie vor, derzufolge bei einem Wirtschaftswachstum von 3 bis 4 Prozent, wie es gegenwärtig zu verzeichnen ist, in den 80er Jahren eine Arbeitslosenquote von 6 Prozent einkalkuliert werden muß. Andere Prognosen, die sich speziell mit den Folgen der Rationalisierung und im besonderen mit der Anwendung neuer Techniken (zum Beispiel der Mikroelektronik) befassen, halten ein noch weit stärkeres Anwachsen der Massenarbeitslosigkeit für wahrscheinlich.

Auch wenn die bürgerliche Wirtschaftsforschung nicht fähig ist, die Entwicklung und die grundlegenden Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktion zu analysieren, so sind ihre Prognosen doch ein Widerschein bestimmter Gegebenheiten und realer Tendenzen. Die Realität bestätigt eben die marxistische Erkenntnis, daß die unlösbaren Widersprüche des kapitalistischen Systems, der Gegensatz zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der industriellen Produktion und dem privaten Eigentum an den Produktionsmitteln, zu einer immer weiteren Zuspitzung der Wirtschaftskrise und damit auch zum Anwachsen der Arbeitslosigkeit führen muß. Daran kann kein Konjunkturprogramm der Regierung und keine Reform etwas ändern. Nur der unerbittliche Klassenkampf der Arbeiterklasse kann die Kapitalisten zwingen, auf bestimmte Entlassungen und Stillegungen zu verzichten, kann ihrem Rationalisierungsterror Zügel anlegen. Krise und Massenarbeitslosigkeit jedoch werden nicht verschwinden, solange nicht das kapitalistische Ausbeutersystem zerschlagen und der Sozialismus aufgebaut wird.

— GEGEN REAKTION UND FASCHISMUS! —

Zahlreiche Demonstrationen am 9. November

„Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!"



Opfer des Hitlerfaschismus, zu Tode gefoltert und verhungert



Hamburg



Witten



Westberlin

Fortsetzung von Seite 1

bis er den Platz der Abschlußkundgebung erreichte, auf 4.000 Menschen an. Die Bremer Front gegen Reaktion und Faschismus, die an dem Marsch teilnahm, verteilte ein Flugblatt. Darin wurde unter anderem auf einen Erfolg hingewiesen, den die Bremer Antifaschisten erzielt hatten: Auf ihren Druck hin hatte der Bremer Innensenator eine Veranstaltung der faschistischen Stahlhelmgruppe in der Stadthalle zunächst einmal absetzen müssen. — Auf dem Schweigemarsch trug einer der Angeklagten aus dem Hamburger Antifaschistenprozeß, Michael Weisfeld, ein Schild, auf dem die Hintergründe und Umstände des Prozesses dargestellt waren. Michael wurde von sehr vielen Menschen angesprochen, die ihm ihre Anteilnahme versicherten und ihrer Empörung Ausdruck gaben. Radio Bremen machte ein Interview mit Michael, das noch am selben Abend gesendet wurde.

Köln. Etwa 60 französische Juden demonstrierten vor der Wohnung des ehemaligen SS-Obersturmbannführers Kurt Lischka in Köln und forderten seine Verurteilung und sofortige Inhaftierung. Lischka war als Leiter des sogenannten Judenreferats in Berlin einer der Hintermänner der Reichskristallnacht; er ist verantwortlich für die Verschleppung von Zehntausenden von Juden in die Vernichtungslager.

Bochum. In Bochum nahmen mehr als 700 Menschen an einem Schweigemarsch durch die Innenstadt teil. An der Stelle, wo die 1938 niedergebrannte jüdische Synagoge gestanden hatte, wurde eine Kundgebung abgehalten. An der Demonstration beteiligte sich auch die antifaschistische Initiative „Weg mit der NPD-Zentrale ind Wattenscheid". Diese führte anschließend in einem Wattenscheider Jugendheim eine Veranstaltung durch, die von fast 200 Menschen — meist Jugendlichen — besucht wurde.

Witten. In Witten riefen Mittwoch und Donnerstag Antifaschisten zur Beteiligung an der Bochumer Demonstration auf. Sie forderten die Bestrafung der Naziverbrecher und die Beseitigung des Nazi-Zentrums im Ruhrgebiet. An ihrem Stand in der Innenstadt sammelten sie 40 Unterschriften. Weitere Fackelzüge, Schweigemärsche und Demonstrationen mit bis zu 3.000 Teilnehmern fanden im Bundesgebiet in Marburg, Hannover, Düsseldorf, Nürnberg, Fürth, Augsburg, Würzburg, Regensburg, Mainz und anderen Orten statt.

Westberlin. Zu einem Vorgehen der Polizeikräfte gegen Antifaschisten kam es bei dem Schweigemarsch von etwa 5.000 Westberlinern. Als sich Genossen und Freunde unserer Partei in den Demonstrationszug einreihen wollten, wurden ihre Transparente und Schilder beschlagnahmt. Diese Schilder trugen Aufschriften wie: „Sofortige Inhaftierung und Bestrafung aller bekannten Nazimörder!" Die Polizisten gaben an, auf Weisung des DGB, die die Demonstrationsleitung innehatte, zu handeln. Bei einem ähnlichen Anlaß kam es bei der Schlußkundgebung zu der Verhaftung eines Arbeiters. Die Westberliner Demonstration war überhaupt durch den Aufmarsch starker Polizeikräfte gekennzeichnet.

Das Vorgehen der Polizei zeigt, was von den heuchlerischen Reden der bürgerlichen Parteien, was von der scheinbar antifaschistischen Geste der DGB-Führung in Wahrheit zu halten ist. Es ist nichts als ein Feigenblatt hinter dem sie den aus der Nazizeit sattsam bekannten Geist der Verfolgung von Antifaschisten und Kommunisten und die von ihnen betriebene Faschisierung verbergen wollen.

Antifaschisten fordern:

Keine Verjährung von Naziverbrechen!

Immer wieder forderten Antifaschisten auf den zahlreichen Kundgebungen, Demonstrationen und Veranstaltungen zum 40. Jahrestag der „Reichskristallnacht" die Aufhebung der Verjährung von Naziverbrechen. Die Breite und die Heftigkeit, mit der diese Forderung erhoben wurde, hat die Herren in Bonn erschreckt. Sie mußten zur Kenntnis nehmen, daß es gerade auch junge Menschen sind, die sich leidenschaftlich gegen ein neues '33 engagieren und nicht hinnehmen wollen, daß die Schergen der Hitler-Diktatur straffrei ausgehen.

Da Ende 1979 nach dem bisherigen Recht die Verfolgungsfrist für Naziverbrechen ausläuft, muß man sich in Bonn entscheiden, wie man sich zu der Frage der Verjährung stellen will. Die CDU hat offen erklärt, daß sie für die Verjährung von Naziverbrechen eintritt, und schiebt in widerwärtiger Weise formaljuristische Gründe vor. Ebenso ist die FDP für Verjährung, und selbst Vertreter der SPD, wie ein gewisser Penner, haben sich dem angeschlossen. Die Regierung hat bereits angekündigt, daß sie für die kommende Abstimmung im Bundestag es jedem Abgeordneten freistellen will, wofür er sich entscheidet, und vorher keine Empfehlung geben will! Diesem Verfahren haben sich inzwischen alle Bonner Parteien angeschlossen, die dem „Gewissen" der Abgeordneten freien Lauf lassen wollen. Diese scheinbare „Neutralität" in dieser bedeutenden Frage, angesichts der Proteste im In- und Ausland gegen die Verjährung, ist eine verkappte Form der Aufforderung, der Verjährung zuzustimmen. Die Opfer des Nazifaschismus in unserem Lande, vor allem aber auch die anderen europäischen Völker, die unter dem barbarischen Terror Hitlers zu leiden hatten, sind beunruhigt und empört, daß in diesem Lande die Verantwortlichen und die Vollstrecker des Nazi-Terrors ihrer strengen Bestrafung entgehen können.

Was da zur Abstimmung gestellt wird, ist nicht die Alternative Verjährung oder Nichtverjährung, sondern Verjährung oder Wehner-Plan! Seit zwei Wochen nun ist der Wehner-Vorschlag im Gespräch, nach dem in Zukunft Mord nicht mehr verjähren soll. Mit dem Argument, durch die Verfolgung von Mord würden auch die Nazimorde erfaßt, soll die antifaschistische Öffentlichkeit geködert werden. Dieser Plan, der inzwischen vom Bonner Justizminister übernommen worden ist, ist eine unverschämte Verharmlosung der barbarischen Massenmorde des Nazifaschismus, die so mit gewöhnlichen Mordtaten gleichgesetzt werden. Der Faschismus ist nicht „Mord schlechthin". Er ist planmäßig vorbereiteter offener Terror gegen die Werktätigen, der der Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft der Bourgeoisie dient. Seine Drahtzieher sind die Spitzen des Monopolkapitals. Und was die Werktätigen verlangen, das ist, daß diesem Mordterror der Faschisten in Deutschland ein für allemal der Weg verlegt wird.

Wozu der Wehner-Plan führen würde, das kann man sich an folgendem angenommenen Fall überlegen: Ein Adolf Eichmann, der wegen tausendfachem Schreibtischmord an Juden in Israel um einen Kopf kürzer gemacht wurde, der könnte in der Bundesrepublik nach dem 1. Januar 1980 gar nicht vor Gericht gestellt werden! Denn er hat ja keinen Mord im juristischen Sinne begangen. Er hat vom Schreibtisch aus gearbeitet und andere die „Drecksarbeit" machen lassen. Wenn es nach Wehner ginge, dann würden jetzt erst recht die Drahtzieher der Massenmorde laufengelassen, während man bereit ist, ihre Handlanger über die Klinge springen zu lassen.

Auch heute schon praktiziert man die Verjährung für alle Greueltaten gegen die Partisanen anderer Länder, die ihre Heimat heldenhaft gegen die Faschisten verteidigt haben. Denn: Die Ermordung von Partisanen gilt nicht als Naziverbrechen, sondern als zur Kriegsführung gehörig! Seit 1945 hat man versucht, die Auftraggeber der faschistischen Greuel vor der Verfolgung zu schützen, zum Teil hat man sie sogar in die höchsten Ämter des Bonner Staates gesteckt (zum Beispiel Globke). Verfolgt hat man, wenn man überhaupt, nur die, die diese Pläne ausgeführt haben, und selbst das hat man nur halbherzig, schleppend und äußerst nachsichtig getan. Der Wehner-Vorschlag ist ein Schritt auf einem Wege, an dessen Ende die offene Rehabilitierung des Faschismus steht.

Diejenigen aber, die am 40. Jahrestag der Kristallnacht in Massenaufmärschen demonstriert haben, fordern die Ausrottung des Faschismus mit Stumpf und Stiel. Ihr Protest ist gerade eine Reaktion auf die Faschisierung des Bonner Staates. Ihre Forderungen lauten kompromißlos: Keine Verjährung von Naziverbrechen! Auflösung aller Naziverbände!



„Dieses Wort von der Bewältigung der Vergangenheit — ich mag es nicht gern hören ..." (Bundeskanzler Schmidt am 40. Jahrestag der Kristallnacht in einer Diskussionsrunde im Zweiten Deutschen Fernsehen)

Polizeigesetzentwurf in NRW

Maschinengewehre und Handgranaten

Der nordrhein-westfälische Innenminister Burkhard Hirsch legte jetzt einen Entwurf für das Polizeigesetz in NRW vor. Wie schon im Saarland, Rheinland-Pfalz und Bayern übernimmt damit die Landesregierung in Düsseldorf im wesentlichen die Grundsätze des berüchtigten „Musterentwurfs für ein einheitliches Polizeigesetz" der Länderinnenminister.

So wird jetzt auch in Nordrhein-Westfalen die Polizei mit schweren Waffen wie Maschinengewehren (nicht zu verwechseln mit Maschinenpistolen!) und Handgranaten ausgerüstet. Was das bedeutet, kann man an den Worten des Ministers ablesen: es solle „die Schwelle für den Einsatz der Bundeswehr im Innern angehoben werden". Darum geht es ihnen also, um die Vorbereitung des Bürgerkriegs, denn nichts anderes meint man ja, wenn man vom „Einsatz im Innern" redet.

Um den reaktionären Charakter dieses Polizeigesetzes zu bemänteln, machte Hirsch einige demagogische Einschränkungen. So dürfen MGs und Handgranaten „nur mit Erlaubnis des Innenministers" eingesetzt werden! Welch ein Trost, wenn streikende oder demonstrierende Arbeiter wissen, daß sie mit Erlaubnis des Herrn Ministers beschossen werden. Oder nehmen wir die Vorschrift, daß Handgranaten „nicht gegen eine Menschenmenge" angewendet werden dürfen. Gegen was denn sonst? Vielleicht gegen Einzelpersonen?

Genauso steht es um die Bestimmung, daß diese Waffen „nicht gegen fliehende Menschen" angewendet werden dürfen. Unzählige Prozesse gegen Kommunisten und Antifaschisten haben auch bisher schon gezeigt, wie hinterher die Polizei zum „Angegriffenen" und die Fliehenden zu „Angreifern" gemacht werden.

Das alles sind nichts als Ablenkungsmanöver, mit denen vertuscht werden soll, daß dieses Polizeigesetz und die daraus folgende Ausrüstung der Polizei mit schweren Waffen der offenen Vorbereitung der herrschenden Klasse auf den Bürgerkrieg dient. Gerade im Ruhrgebiet, wo sich die Arbeiterklasse zusammenballt, sind in der letzten Zeit immer häufiger Polizeimanöver durchgeführt worden, bei denen das Vorgehen in bürgerkriegsähnlichen Situationen geübt wurde.

Seit der Verabschiedung des „Musterentwurfs für ein einheitliches Polizeigesetz" gibt es breite Proteste gegen diesen Entwurf und vor allem gegen die darin enthaltene Ermächtigung für den polizeilichen Todesschuß. Nicht zuletzt auf diese Proteste ist es zurückzuführen, daß der jetzt von Hirsch für NRW vorgelegte Entwurf auf eine solche ausdrückliche Ermächtigung verzichtet. Der Herr Minister gibt sich liberal. Aber man sollte eins nicht vergessen: Der Musterentwurf wurde 1976 von der Länderinnenministerkonferenz verabschiedet, ausgearbeitet wurde er von deren Vorsitzendem — Burkhard Hirsch!

In Übereinstimmung damit hat Hirsch jetzt erklärt, daß er einer „Todesschußregelung" grundsätzlich nicht ablehnend gegenüberstehe. Im Gegenteil, er fordert nur, daß diese Regelung vom Bund und nicht den Ländern getroffen wird. Darüber hinaus muß man feststellen, daß die Polizei in Nordrhein-Westfalen auch ohne „Todesschußregelung" schon ein beachtliches Register von Todesopfern auf dem Gewissen hat, ohne daß es eine Bestrafung der uniformierten Täter gegeben hätte!

Hamburger Antifaschistenprozeß

Die Polizei hört mit

Während die Herren in Bonn salbungsvolle Reden über Menschlichkeit und über die „freiheitlichste Ordnung in der deutschen Geschichte" halten, während im Bochumer NS-Prozeß ein Angeklagter nach dem anderen freigelassen wird, während in Hamburg und Rendsburg offenfaschistische Gruppen anonyme Zettel mit Morddrohungen gegen Antifaschisten verbreiten können, stehen in Hamburg nach wie vor — jetzt schon in über 40 Verhandlungstagen — neun Antifaschisten vor Gericht. Ihr Verbrechen: gegen eine europäische Versammlung der Faschisten 1975 in Hamburg protestiert zu haben.

Die Menschen wollten es nicht glauben, daß so etwas heute schon wieder möglich ist, als am 10. 11. unter den über 10.000 Demonstranten in der Hamburger Innenstadt, die des 40. Jahrestages der „Kristallnacht" gedachten, auch Angeklagte aus diesem Prozeß mitmarschierten und durch mitgeführte Plakate auf ihre Situation aufmerksam machten. Immer wieder sprachen sie Passanten daraufhin an, ließen sich die Umstände des Prozesses erklären und — waren empört.

Auf der Eröffnungsveranstaltung der „Antifaschistischen Woche", die vom Landesjugendring durchgeführt wurde, sprachen Angeklagte dieses Prozesses zu den anwesenden Antifaschisten, die zum Teil das erste Mal von diesem skandalösen Fall bundesdeutscher Nachkriegsjustiz erfuhren.



Demonstration in Hamburg gegen den Hamburger und Kieler Antifaschistenprozeß

Und was da von den letzten Verhandlungstagen zu hören war, setzte allem die Krone auf, was bisher dagewesen war. Am 6.11. kommen die Angeklagten nach einer Pause in ihre Panzerglaszellen des Staatsschutzsaales zurück, probieren die Mikrophone aus und — siehe da, es erschallt plötzlich Musik mit Gesprächsfetzen im Hintergrund aus den Mikrophonen. Ein rätselhaftes Phänomen, könnte man meinen. Wer aber weiß, daß die Anklage sich in diesem Prozeß hauptsächlich auf Polizeizeugen stützt und daß diese Zeugen sich ständig widersprechende Aussagen machen, sich an nichts erinnern können und so weiter, der ahnt, was hier gespielt wird. In gespielter Bestürzung läßt der Vorsitzende Mikrophone und den ganzen Saal versiegeln und von einem Fachmann untersuchen. Das Ergebnis dieser „Untersuchung": es ist natürlich kein Beweis für Abhören gefunden worden. Und als der zuständige Polizeibeamte befragt wird, was sich in den angrenzenden Räumen befindet, da stellt sich heraus, daß dort die Dienststelle der Revierwache sitzt und weitere Diensträume für Polizeibeamte angrenzen. Hier sitzen auch Beamte, die mit einem Herrn Stöhlmacher zu tun haben, jenem Zeugenpräparator, den jeder der Polizeizeugen vor seiner Aussage aufsucht, damit er auch weiß, was er sagen soll. Daß dieser „Zeugenmacher" ein Interesse an den Vorgängen im Gerichtssaal hat, kann sich jeder denken, man kann aber nichts beweisen.

Ein zweiter Skandal, der mit diesem Stöhlmacher zu tun hat, wurde bei der Befragung von Regierungsdirektor Dr. Buss aufgedeckt. Obwohl Stöhlmacher behauptet, er würde bei seinen „Vorbereitungsgesprächen" mit den Zeugen nicht auf inhaltliche Aussagen eingehen, sondern nur auf allgemeine Fragen des Auftretens vor Gericht, stellte sich heraus, daß die Polizei eine vollständige Akte mit allen Vernehmungsprotokollen besitzt, und daß die Polizeizeugen vor ihrer Aussage die Möglichkeit haben, die ganze Akte, nicht nur ihre eigenen Aussagen von früher, einzusehen! Das ist einmalig! An diese Akte kommt kein Angeklagter, nicht einmal ein Anwalt heran.

Und jener Dr. Buss gibt offen die Gründe an, weshalb die Anklage auf solche Methoden angewiesen ist: „. . . In letzter Zeit waren wir unzufrieden mit dem Verhalten von Polizisten vor Gericht. (. . .) Ja, zentrale Schwierigkeit ist die Nichtübereinstimmung von Aussagen vor Gericht mit früheren Aussagen. (. . .) In genereller Form diente die Schaffung der Zeugenbetreuung der Vermeidung von Widersprüchen. Ein Beispiel ist, wenn Widersprüche zwischen den Aussagen von zwei Beamten bestehen, die beide am gleichen Tatort waren und das gleiche sahen . . ." Sie haben es zum Teil aber auch schwer mit ihren Polizeizeugen gehabt. Was macht man mit einem Zeugen, der die Umstände der damaligen Ereignisse genau angeben kann (weil er sie gerade vorher gelesen hat), aber zu den konkreten Vorgängen, in die er verwickelt gewesen sein soll oder will, sich beim besten Willen nicht mehr erinnern kann? Eine entblößende Situation für dieses Gericht, für dieses Verfahren.

Hier zeigt sich, daß es die Justiz darauf anlegt, die Antifaschisten zu bestrafen, koste es, was es wolle — ohne Rücksicht auf die Tatsachen. Kein Wunder, daß die öffentliche Empörung über diesen Prozeß anwächst. Keine Solidaritätsveranstaltung der Front gegen Reaktion und Faschismus, auf der nicht mindestens 100 Besucher erschienen sind. Und das, obwohl der Prozeß nun schon seine 42. Verhandlung hinter sich hat. Und auch das ist typisch für die breite Solidarität mit den Angeklagten: Auf einem Klassenfest einer Hamburger Schule steht eine Spendendose für die Unterstützung der angeklagten Antifaschisten. Die Schüler spenden und nehmen Flugblätter von hier mit, um die Wahrheit über diesen Prozeß zu verbreiten.

Freispruch für die neun angeklagten Antifaschisten!

Nazi-Drohbrief aus Hamburg

> Joachim Kaiser
> 2 Hamburg 6
> Kl. Schäferkamp 36
>
> Herrn Holger M.
> Betr.: Einladung zur Straßenkundgebung der Hamburger Jungen Nationaldemokraten am 23. 9. und 24. 9. 1978
>
> Lieber Holger!
> Sicher wirst Du erstaunt darüber sein, von mir eine Ausgabe der Hamburger Nationaldemokraten zu erhalten. Auf Wunsch des hiesigen JN-Landesvorsitzenden möchten wir Euch ebenfalls Gelegenheit dazu geben, zum Gelingen der Kundgebungen beizutragen.
> Nach der politischen Abstinenz der letzten Wochen anläßlich der Sommerferien/Urlaubszeit geht die Hamburger JN wieder zum Angriff über, um die kommunistischen Ratten aus ihren Löchern zu locken. Gleichzeitig wollen wir aber auch — und nicht nur der Hamburger Bevölkerung — der gesamten Öffentlichkeit vorführen, was ihr droht, wenn die Kommunisten in diesem Lande die Macht übernehmen beziehungsweise übernommen haben, und was Ihr unter Demokratie und Freiheit versteht.
> Anders als beim NPD-Wochenende im Mai d. J. werdet Ihr Euch — wenn Ihr es darauf anlegt — diesmal blutige Köpfe holen. Denn allein aus Nordrhein-Westfalen haben sich 360 (in Worten dreihundertsechzig) Teilnehmer angekündigt!
> Gott schütze uns vor Kommunisten und sonstigen Ratten!!! Für Einigkeit und Recht und Freiheit in einem Nationaldemokratischen wiedervereinigten Deutschland!
> Joachim Kaiser.

Der Empfänger dieses Briefes schickte ihn uns zu und bemerkt dazu:

„Es handelt sich bei diesem Herrn Kaiser um einen Neonazi gröbster Schattierung, aus dem Bekanntenkreis meiner seit vier Jahren von mir geschiedenen Frau. Der Grund für diesen Brief an mich waren private Uneinigkeiten zwischen ihr und Kaiser.

Genossen, ich bin der Meinung, daß jeder Brief dieser Art von Euch veröffentlicht werden sollte, um allen Gleichgesinnten klar aufzuzeigen, mit welchen Mitteln die Faschisten 1978 bereits wieder vorgehen, und das unbehelligt von den sogenannten Staatsschutzorganen; wie wichtig deshalb unser Kampf gegen Reaktion und Faschismus ist und für alle anderen werden muß, damit ein neues 33 verhindert werden kann und muß. Besser als dieser ‚Volksgenosse' kann sich ein Nazi doch eigentlich nicht offenbaren.

Wir haben und werden dieses Thema auch in den nächsten Arbeitertreffs in der Jarrestadt immer wieder ansprechen und diskutieren, weil dieser Vorfall, wie sich gezeigt hat, kein Einzelfall geblieben ist und wohl auch nicht bleiben wird!

Unser Genosse Thomas Koch, aktiver Wegbereiter der Front gegen Reaktion und Faschismus, hat ja inzwischen sogar eine anonyme Morddrohung einer Gruppe, die sich ‚SA-Sturm II Hamburg 19' nennt, erhalten.

Rotfront — gegen Reaktion und Faschismus!

Holger M., Ines M."

Nazi-Überfall auf türkischen Kollegen

Am 7. 11. gegen 20 Uhr drangen in der Drontheimer Straße Nr. 8 in Westberlin (Bezirk Wedding) ein ganzes Rudel brauner Faschisten ein. Dort holten sie einen türkischen Arbeiter aus seiner Wohnung. Nachdem die Nazis den Arbeiter zusammengeschlagen hatten, stellte einer fest: „Das ist er ja gar nicht." Dann setzte einer dem türkischen Kollegen eine Gaspistole ins Gesicht und — drückte ab. Mit dem Gruß „Heil Hitler" gingen die inzwischen „Festgenommenen" in die Polizeiwagen. In dem Haus Nr. 9 wurde eine Wohnung nach primitiver Faschistenart „geschmückt" gefunden.

Freispruch im Buback-Prozeß

Ein großer Erfolg ist der Freispruch im Westberliner Buback-Prozeß gegen zwölf Hochschullehrer und zwei Rechtsanwälte. Die Beschuldigten hatten eine Dokumentation „Buback — ein Nachruf" veröffentlicht, zu der sie im Vorwort auf die „faschistoiden Tendenzen" und die „Willkür" in der Bundesrepublik und Westberlin aufmerksam machen.

„Beleidigung" der Polizei?

Zu insgesamt 11.370 Mark Geldstrafe wurden in Legau/Unterallgäu ein Bauer und sein Sohn verurteilt, weil sie aus Empörung über eine Hausdurchsuchung die Polizisten mit „Bullen- und Polizistenpack" titulierten und ihnen „Nazimethoden" vorwarfen. Als besonders beleidigend empfand die Justiz die Bezeichnung „KZ-Schergen des Nazi-Regimes". Die Unruhe unter der Bevölkerung über die ständige Belästigung durch Polizei mag das Gericht veranlaßt haben, in diesem Urteil unter dem Strafmaß der ersten Instanz zu bleiben. Ursprünglich waren die beiden zu Freiheitsstrafen **ohne** Bewährung verurteilt worden!

Scheels Gedächtnislücken

Zwei Kandidaten bemühen sich gegenwärtig um die Wahl in das Amt des Bundespräsidenten. Da ist einmal Walter Scheel, für dessen Wiederwahl sich die SPD und die FDP einsetzen. Der andere Herr ist gegenwärtig Bundestagspräsident Karl Carstens, für dessen Wahl sich seine Partei, die CDU starkmacht. Carstens war früher Mitglied der NSDAP. Scheel auch. Das bestätigte am Wochenende ein Sprecher des Bundespräsidialamtes. Während Carstens immer neue Einzelheiten über seine Vergangenheit präsentiert, um zu beweisen, daß er nur aus Gegnerschaft zum Faschismus in die Nazipartei eingetreten ist, leidet Scheel offenbar an einer hierzulande weit verbreiteten Krankheit. Er kann sich nämlich nicht erinnern. Ihm fehlen sowohl Unterlagen wie auch Erinnerungen „über das Zustandekommen seiner Parteimitgliedschaft".

Berichtigungen

1. Im „Roten Morgen" Nr. 44 auf Seite 7 in dem Artikel „Professor Sigrist verurteilt" ist ein Fehler: Dort heißt es unter anderem: „. . . hatte Sigrist von ‚diesem Staat als mörderischer Bestie' gesprochen." Sigrist hat im Prozeß dazu gesagt, daß er dies nicht auf die Bundesrepublik bezogen gesagt habe, sondern in Bezug auf das Dritte Reich. Von der Justiz dagegen wurde der Vorwurf erhoben, Sigrist habe dies über den Bonner Staat gesagt. (Offensichtlich fühlt sich dieser Staat angesprochen, wenn vom Dritten Reich die Rede ist).

2. In der Berichterstattung über die Anti-Türkes-Demonstration in Frankfurt im „Roten Morgen" Nr. 45, Seite 7, sind wir leider einigen ungenauen Angaben aufgesessen. So war die Teilnehmerzahl mit 6.000 wohl zu hoch gegriffen; sie lag eher bei 4.000 zumeist türkischen Kollegen. Außerdem wagte Türkes zwar nicht zu erscheinen, aber die faschistische Kundgebung konnte dennoch, entgegen unseren Angaben, nicht verhindert werden. Auch stimmt es, daß türkische Revisionisten Ketten gegen die Demonstranten bildeten, aber sie hakten sich nicht bei den Polizisten ein, wie wir schrieben. Wir bitte diese Fehler zu entschuldigen.

Giftmülldeponie ausgegraben

Volkskorrespondenz aus Freiburg

Vor einigen Monaten hatte der „Rote Morgen" schon einmal darüber berichtet, daß sich die Bürger von Grenzach-Wyhlen an der schweizerischen Grenze um ihre Gesundheit sorgen müssen, weil in Kiesgruben Giftmüll gelagert wurde, der das Grundwasser zu verseuchen droht. Die Landesanstalt für Umweltschutz mußte denn auch zugeben: „Eine gewisse Verschmutzung im Grundwasser ist festzustellen, aber was wirklich in den Fässern drin ist, kann man nicht sagen." in eine erweiterte Trinkwasserschutzzone gehören". So ein Herr vom Umweltschutzamt Lörrach. Ein anderer meinte: „Es ist kein typisches Gift, aber es ist giftig." Bis heute wurde nicht veröffentlicht, was es nun wirklich ist.

Dafür stand am 8.11. in der Zeitung, daß jetzt das große Faßlager gefunden wäre. 20 Fässer wurden geborgen, oder genauer gesagt, das, was von ihnen noch übrig war. Denn der Rost hatte sie schon total zerfressen.



So wird unser Grundwasser ruiniert. Giftmüll bei München.

Am 23. Oktober wurde dann endlich damit begonnen, nach den Giftmüllfässern zu graben, nachdem das baden-württembergische Innenministerium 420.000 Mark zur Verfügung gestellt hatte. Die Arbeiter sind sogar zum Teil mit Atemschutzgeräten ausgestattet worden. Nach zwei Tagen fand man dann die ersten Fässer mit einer „geheimnisvollen" schwarz-braunen Masse mit der Aufschrift „Menthyl-Palmitat", das unter anderem in der Kosmetikindustrie gebraucht wird. Das neben der Grube jetzt aufgebaute Labor war außerstande festzustellen, ob die Beschriftung tatsächlich mit dem Inhalt der Fässer übereinstimmt.

Wenn es so wäre, dann handelte es sich um „Stoffe, die nie und nimmer ins Grundwasser und schon gar nicht

Der Inhalt dieser Fässer wurde von einem Chemiker als „Destillationsrückstände" bezeichnet. Aber auch hier wurde nichts genaues mitgeteilt. Die Bevölkerung kann sich also weiter ängstigen, wird weiter im unklaren belassen. Es erhebt sich aber schon die Frage nach den Verantwortlichen und danach, ob diese Herren, die auf eine solche unglaublich verantwortungslose Art den Giftmüll ihrer Fabriken einfach in die Erde haben vergraben lassen, auch zur Verantwortung gezogen werden. Und daß es sich bei den Funden in dem jetzt ausgegrabenen Lager um hochgiftige Stoffe handelt, ist der Bevölkerung schon seit langem klar. Denn immerhin haben Ratten, die damit in Berührung gekommen waren, vollständig ihr Fell verloren.

Ein „Arbeitsprogramm" und die Wirklichkeit

Volkskorrespondenz aus Diez

„Rheinland-Pfalz soll ein ‚Magnet' für neue Arbeitsplätze in der Bundesrepublik werden." So verkündet es in diesen Tagen die SPD in einem Entwurf für ein Arbeitsprogramm. Als ich das las, hat mich die Wut gepackt. So ist es doch immer: die Landtagswahlen stehen ins Haus, und die bürgerlichen Parteien fangen mal wieder an, sich mit Versprechungen gegenseitig zu überbieten. Und diese Leute wissen ganz genau, daß es gerade die Arbeitslosigkeit ist, die hier vielen ganz besonders auf den Nägeln brennt. Ich will euch mal an einigen Beispielen schildern, wie es damit aussieht.

Vor kurzem war ich selbst auf Arbeitssuche. Ich ging zu einem Kollegen vom Kalkwerk Schäfer in der Nähe von Diez, mit dem ich früher einmal zusammengearbeitet habe. Er sagte mir, daß er mir keine Stelle besorgen könne. Denn im Kalkwerk sind gerade erst wieder zehn Leute entlassen worden, zum Teil Kollegen, die schon dreißig Jahre dort geschuftet haben. Der Kollege war genauso wütend wie ich über die Tatsache, daß wir Arbeiter von den Kapitalisten wie Dreck behandelt werden. Er sagte, daß die Arbeit im Kalkwerk immer mehr würde und daß sie kaum noch nachkämen. Ja, Leute könnten sie schon noch brauchen, wenn es nach der Menge der Arbeit ginge. Aber die Herren wollen ja Geld sparen. Deshalb stellen sie keinen ein, sondern schmeißen noch Kollegen raus. Einer der Teilhaber des Kalkwerks ist übrigens der Kreisvorsitzende der FDP. Er wird sich sicher bei der Landtagswahl wieder ganz besonders „liberal" geben, der Heuchler.

Meine Frau hat vor fünf Wochen eine Stelle als Keramikmalerin angefangen. Kurz vor dem Ende ihrer Probezeit ist sie zusammen mit zwanzig weiteren Kolleginnen wieder rausgeflogen. Begründung: Arbeitsmangel. Die Firma steht vor dem Konkurs. Uns kann aber keiner erzählen, daß die Bosse nicht schon bei der Einstellung meiner Frau wußten, daß ein paar Wochen später der Rausschmiß fällig sein würde. Die haben beim Arbeitsamt für die „Neueinstellung" kassiert und sie dann schnell wieder abgeschoben. Und die anderen Kollegen waren wohl „unrentabel". Es waren zum Teil ältere Kollegen und auch zwei schwangere Frauen.

Ich habe jetzt vor einer Woche Arbeit als Staplerfahrer bei einer Backformenfabrik gefunden. Im Moment ist hier Hochsaison. Das Weihnachtsgeschäft rollt. Jeden Tag werden Überstunden geschoben. Wir werden vom Chef unter Druck gesetzt, daß wir auch Samstags arbeiten. Die Herren verdienen im Moment gut und pressen uns bis auf die Knochen aus. Abends kommt man wie gerädert nach Hause. Und wie wird es weitergehen? Wir wissen jetzt schon, daß im Januar Entlassungen anstehen. Dann ist nämlich die Saison zu Ende, außerdem wird dann eine neue Lagerhalle mit moderner Einrichtung fertig sein. Einige von uns sollen dann also wieder abgeschoben werden. Keine Verwendung mehr, sieh zu, wo du bleibst. Das ist die Haltung der Kapitalisten.

Und da hat noch kein „Arbeitsprogramm" oder irgendein anderes Wahlversprechen der SPD oder CDU etwas geändert. Geschenkt wird uns nichts. Wir müssen uns alles selbst erkämpfen. Und eines Tages werden wir Arbeiter unser eigenes Programm machen und die Zukunft in unserem Interesse planen.

Die Novemberrevolution in Wilhelmshaven

Volkskorrespondenz aus Wilhelmshaven

(Zu den RM-Artikeln über die Novemberrevolution schickten uns Genossen aus Wilhelmshaven den folgenden Brief. Sie wiesen darauf hin, daß die Erhebung der Matrosen und Arbeiter in ihrer Heimatstadt nicht eine Folge der revolutionären Ereignisse in Kiel war, sondern daß diese Erhebung gleichzeitig mit dem Kieler Aufstand vorbereitet wurde. Dem Brief beigelegt war ein längerer Artikel aus der „Wilhelmshavener Zeitung" über den Verlauf der Revolution in der Nordseestadt. Darin wurde unter anderem auch ein — leider ungenannter — Admiral der heutigen Bundesmarine zitiert, der sich wie folgt über die Erhebung der Matrosen vor sechzig Jahren ausließ: „Es war die schwärzeste Stunde in der Geschichte der deutschen Marine." Das spricht Bände über den Geist, der im Führungskorps der Bundeswehr herrscht.)

In Wilhelmshaven, als wohl größtem Kriegshafen des damaligen Deutschen Reiches, begannen die Meutereien schon am 29.30. Oktober, am 30./31. Oktober kam es dann zum Widerstand der Matrosen auf dem Linienschiff „Thüringen", vor allem, als die Flotte auslaufen sollte. 560 Mann wurden davon interniert im „Fort Schaar".

Bereits am 2. November (also einen Tag früher als die Versammlung in Kiel) waren deswegen Umzüge und Versammlungen geplant, die aber wegen der Übermacht der anderen Truppenteile und Polizeisoldaten noch hinausgeschoben werden mußten. Am 5./6. gab es dann kein Halten mehr. 10.000 Mann waren auf der Straße! Die verstärkten Polizeitruppen wagten nicht einzugreifen. Die Internierten wurden befreit und ein Soldatenrat eingesetzt.

Am nächsten Tag schlossen sich die Werftarbeiter durch Streik an. (Was das bedeutete für eine Hafenstadt wie Wilhelmshaven, könnt ihr euch ja denken.) Die Arbeitermassen gaben der Revolution den proletarischen Charakter. Sie führten auf ihren Demonstrationen und Versammlungen Transparente mit, die die „Soziale Republik" forderten. Ein 21er Rat aus Arbeitern und Soldaten wurde gebildet. Hier gelang es einem USP-Parteisekretär (Oberheizer Kuhnt), sich an die Spitze zu stellen; dieser Kuhnt flüchtete übrigens später, als er die Kunde vom bevorstehenden Eingreifen der Spartakisten in die Kämpfe (26. 1. 1919) erhielt, nach Berlin und wurde später dann auch Amtshauptmann in Sachsen.



Demonstration revolutionärer Matrosen in Wilhelmshafen am 10. November 1918

Bremer Bürger hinterhältig betrogen

Volkskorrespondenz aus Bremen

Vor drei Jahren führten Anlieger des Heidkruger Wegs in Bremen-Huchting eine Versammlung durch, an der auch ein SPD-Spitzenpolitiker aus dem Amt für Stadtentwässerung und Stadtreinigung teilnahm. Dieser SPD-Politiker erklärte, der Bau des dringend erforderlichen Kanals müsse durch die Erschließungskosten getragen werden. Das wären pro Anliegerhaushalt ca. 5.000 Mark. Außerdem versprach der SPD-Bonze, daß eine neue Straßendecke gezogen würde, für die die Anlieger keinen Pfennig zu zahlen brauchten.

Die Anlieger waren mit der Belastung für den Kanal einverstanden und freuten sich, daß die Stadt ihnen kostenlos eine Straße bauen wollte. Doch als dann diese Straße fertig war, erhielten die Anlieger völlig überraschend für den Bau der Straße Zahlungsbescheide von 2.200 Mark an aufwärts. Über 40 betroffene Anlieger des Heidkruger Wegs legten dagegen Widerspruch ein. Die Zusage, daß sie mit dem Straßenbau nicht belastet würden — so mußten sie jetzt hören — sei „ein peinlicher Irrtum gewesen".

Sollten die Anlieger nach den Gerichtsverhandlungen, die sich wahrscheinlich über drei Jahre hinziehen werden, zahlen müssen, kann der Bremer Senat auch noch Verzugszinsen fordern. Als das bekannt wurde, reagierten einige Anlieger durch sofortige Bezahlung. Aber die anderen lassen sich nicht einschüchtern. Sie wollen weiter für ihr Recht kämpfen.

Gießen: Gründungsveranstaltung der Front gegen Reaktion und Faschismus, 1. Dezember, 20 Uhr, Kongreßhalle, Schwedenzimmer

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"

○ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren

○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Datum: .... **Unterschrift:** ....

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Straße 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.**

Spendenkampagne zum 10. Jahrestag der Gründung der KPD/ML

In der letzten Woche gingen folgende Spenden für die Spendenkampagne zum 10. Jahrestag der Gründung der KPD/ML ein:

6. 11.	
E. B., Ludwigshafen	50,00
R. L., Idar-Oberstein	10,00
Kartabende Kitzingen	20,00
Kunden Buchladen „Roter Morgen", Aachen	80,00
Zelle Kiel-Dietrichsdorf	830,00
E. K., Düsseldorf	500,00
R. J., München	100,00
Stadtteilzelle Bielefeld	50,00
B. K., Beckum	100,00
7. 11.	
Zelle Hamburg-Steilshoop	125,00
Flohmarkt München	226,00
F. Sch., Kelkheim	57,00
P. W., Immenstaad	20,00
10. 11.	
Genosse aus Witten	10,00
B. J., Bochum	40,00
Betriebszelle Mainz	380,00
M. T., Dortmund	2.000,00
Genossen aus Hagen	600,00
insgesamt	5.198,00

Damit gingen für die Spendenkampagne anläßlich des 10. Jahrestags der Gründung der KPD/ML bisher ein. **40.548,97 DM**

Wir danken allen Freunden und Genossen herzlich für ihre Spenden.

100.000 DM für die KPD/ML

Spendet auf die Konten der KPD/ML:

Postscheckamt Dortmund Kto.-Nr.: 6420-467

Stadtsparkasse Dortmund Kto.-Nr.: 321 004 547

Stichwort: 10 Jahre KPD/ML

Rede des Genossen Enver Hoxha vor den Wählern des Wahlbezirks Nr. 209

Albanien schreitet sicheren Schritts und unerschrocken voran

Am 8. November traf sich der Genosse Enver Hoxha, der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens, mit den Wählern des Wahlbezirks Nr. 209. Die Wähler dieses Bezirks, es ist das Wohnviertel Nr. 3 in der Hauptstadt Tirana, bereiteten ihrem Kandidaten für die Wahlen zur Volksversammlung einen begeisterten Empfang.

Im folgenden veröffentlichen wir einige Auszüge aus der Rede, die der Genosse Enver Hoxha vor seinen Wählern hielt. Diese Auszüge beziehen sich in erster Linie auf die Außenpolitik der Sozialistischen Volksrepublik Albanien.

Meine Freude ist besonders groß, weil ich heute mit Euch zusammentreffe, an diesem bedeutenden Tag der ruhmreichen Geschichte des albanischen Volkes, da vor 37 Jahren hier im roten Tirana gerade in Eurem Stadtviertel, das uns allen teuer ist, die Kommunistische Partei Albaniens gegründet wurde, die Partei, die an der Spitze des Volkes und zusammen mit ihm das Banner der Freiheit und des gesellschaftlichen Fortschritts erhob, das große Banner der Demokratie und des Sozialismus. Unserer heroischen Partei verdanken wir alle unsere Siege, das glückliche Leben, dessen wir uns heute erfreuen, und unsere gesicherte Zukunft. All diese Errungenschaften wurzeln in unserer sozialökonomischen Ordnung, in der Diktatur des Proletariats, in unserem freien, demokratischen, unabhängigen und souveränen Leben, in der heroischen Arbeit unseres Volkes. All dieses Gute hat uns unsere Partei der Arbeit Albaniens gebracht, der unfehlbare marxistisch-leninistische Leitstern unserer strahlenden Zukunft. Im sozialistischen Albanien sind die werktätigen Massen Herren des Landes. Bei uns wird wahrhaft und in den geeignetsten Formen die vollkommene Freiheit und Demokratie für die Werktätigen verwirklicht. Durch den erfolgreichen Aufbau des Sozialismus in Albanien, die korrekte, marxistisch-leninistische Linie unserer Partei auf allen Gebieten ist auch die internationale Stellung unseres Landes gestärkt worden.

„Die Richtung unserer Politik kann sich nicht ändern"

Die Außenpolitik unseres Staates und unserer Partei läßt sich von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus leiten. Sie verteidigt die hohen Interessen unseres sozialistischen Vaterlandes und unterstützt die revolutionäre Bewegung der Arbeiterklasse und den Kampf der Völker um Freiheit, Unabhängigkeit und Souveränität. Unsere marxistisch-leninistische Partei und unser sozialistischer Staat stehen im Gegensatz und im unversöhnlichen Kampf mit dem Imperialismus, ob es nun der amerikanische, der sowjetische, der chinesische, der japanische oder irgendein anderer sein mag. Die Politik der Partei der Arbeit Albaniens findet in erster Linie die Unterstützung des Weltproletariats, der Völker und der Werktätigen der verschiedenen Länder aller Kontinente, denn diese Politik stimmt mit ihrem Kampf und ihren Bestrebungen überein.

Unsere Feinde täuschen sich, wenn sie glauben, unser Land, das eine selbständige Politik verfolgt, sei isoliert und auf halbem Wege steckengeblieben, es werde irgendwem die Hand hinstrecken, damit er es „aus dem Morast" herauszieht und dergleichen mehr. Die Sozialistische Volksrepublik Albanien war nie isoliert und wird es nie sein. Sie ist niemals auf halbem Wege steckengeblieben und wird es nie tun. Sie schreitet sicheren Schrittes voran, gestützt auf die eigenen Kräfte. Sie baut auf, schafft, übt und verteidigt sich unerschrocken, und mit ihrem heroischen Vorbild ist und bleibt sie für die unterdrückten Massen der Welt ein Quell der Begeisterung. Die unerschütterliche Haltung Albaniens in seiner Politik ist entschlossen und gerecht, denn diese läßt sich von der Theorie von Marx, Engels, Lenin und Stalin leiten. Die Richtung unserer Politik, die die hohen Interessen des Vaterlandes und der Revolution verteidigt, kann sich nicht ändern, je nachdem woher der Wind weht, je nach dem Auf und Ab und den Umständen, die sich von Zeit zu Zeit ergeben.

Die Beziehungen unseres sozialistischen Staates zu den kapitalistischen und revisionistischen Ländern basieren fest auf den revolutionären Klassenkriterien. Wir unterhalten keine diplomatischen Beziehungen zu den amerikanischen Imperialisten, den sowjetischen Sozialimperialisten und den faschistischen Staaten und werden nie welche haben. Zu anderen Staaten mit einem von dem unseren unterschiedlichen Gesellschaftssystem werden wir jedoch Beziehungen auf der Grundlage der Gleichheit, der gegenseitigen Achtung der Souveränität, der gegenseitigen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten und des gegenseitigen Vorteils unterhalten. Als Marxisten-Leninisten, die wir sind, urteilen wir, wenn wir von der Welt und ihren verschiedenen Staaten sprechen, dem dialektischen und historischen Materialismus entsprechend und nicht willkürlich. Deshalb sind wir gegen die Einteilung, die die revisionistische „Theorie der drei Welten" vornimmt.

„Wir sind dem gemeinsamen Kampf der Völker verpflichtet"

Die Zeit bestätigte und bestätigt die marxistisch-leninistischen Thesen unserer Partei über die heutige Weltentwicklung. Zum anderen beweist sich täglich mehr, daß die „Theorie der drei Welten" antimarxistisch und reaktionär ist, im Dienst des Imperialismus und der Strategien Chinas als Supermacht selbst steht, die darauf abzielt, die Welt neu aufzuteilen und nicht den Imperialismus und seine aggressiven Absichten zu bekämpfen. Deshalb glauben das Proletariat und die Völker dieser Theorie nicht nur nicht, sondern sie verachten sie und weisen sie mit Abscheu zurück.

Unsere Partei vertritt den Standpunkt, daß die Vorkämpfer der „Theorie der drei Welten" Renegaten des Marxismus-Leninismus, gefährliche Feinde der Völker sind, weil sie das Ziel verfolgen, die Befreiungskämpfe der Völker und die proletarische Weltrevolution zu sabotieren. Die gleiche Gefahr stellen auch die jugoslawischen Revisionisten dar, die die Theorie der „blockfreien Welt" vertreten und entwickeln. Von welchen Blöcken halten sich denn diese Pseudomarxisten frei? Sie geben vor, sie seien blockfrei gegenüber den Pakten, zu einer Zeit, da sie auf die Gründer dieser Pakte vollständig festgelegt sind. Sie dienen den Mächten, die in den Pakten die Führung haben. Denn dank ihrer Gnade leben sie und halten sich an der Macht.

Dagegen sind wir, die Marxisten-Leninisten, dem gemeinsamen Kampf der Völker gegen den Imperialismus, den Sozialimperialismus und die Reaktion verpflichtet, und deshalb stehen wir im Widerspruch zu den Theoretikern der „Blockfreiheit", die die Imperialisten um Almosen angehen und für die Wahrung des Status quo sind. Die modernen Revisionisten, die jugoslawischen, sowjetischen, chinesischen, eurokommunistischen, die Sozialdemokraten und so weiter machen viel Aufhebens um die angebliche Gleichberechtigung in den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Staaten, um eine neue Weltwirtschaftsordnung, um die Hilfe für die unentwickelten Länder und so weiter. Doch in Wirklichkeit sind das alles nur Schlagwörter, die ausgegeben werden, um die Herrschaft des Kapitalismus aufrechtzuerhalten, um dem Kolonialismus und Neokolonialismus das Leben zu verlängern.

Ebenso sagen wir offen, daß die schönen Worte, die vor den Vereinten Nationen, auf den Konferenzen von Helsinki, Belgrad und anderswo um die Probleme der Abrüstung gemacht werden, Demagogie sind. Das ist das gleiche als wollte man Wasser im Mörser stoßen, wie unser Volk sagt. Auf Wunsch des Imperialismus wird sich die Abrüstung niemals verwirklichen lassen. Er hat das Monopol an den strategischen Waffen und die Überlegenheit bei den konventionellen Waffen nicht geschaffen, um abzurüsten, sondern um Aggressionskriege vom Zaun zu brechen. Die Abrüstung läßt sich nur erreichen, wenn sich die Völker zur Revolution erheben, wenn sie den Imperialisten die Waffen aus der Hand schlagen und sie wirkungslos machen. Ist diese Situation erreicht, dann gibt der Imperialismus, dessen Stärke in diesen Waffen liegt, seinen Geist auf.

In der heutigen Welt hat das Großkapital alle Staaten der Welt, die es durch Kredite, Hilfen usw. versklavt hat, in ein Spinnennetz eingewoben. Es hat die Ansicht aufgebracht und nährt sie, daß kein Staat auf der Welt leben kann, ohne Kredite anzunehmen. Handelt jemand richtig und nimmt zum Aufbau seines Landes keine Kredite an, wie Albanien, so nennen das die Bourgeoisie und der Revisionismus unzeitgemäß, wirklichkeitsfremd. Zugleich bringen sie in übler Absicht die Kredite der Imperialisten und Kapitalisten mit dem Handel durcheinander, der zum gegenseitigen Vorteil betrieben wird und der von keinem Teil den Einsatz der Freiheit, der Unabhängigkeit und der Souveränität verlangt.

Das sozialistische Albanien treibt mit verschiedenen Ländern Handel und wird dies weiterhin tun, ohne vom Ausland irgendwelche Kredite anzunehmen. Die Hilfe, die uns die Sowjetunion zu Stalins Lebzeiten gab, war internationalistisch. Stalin hatte mir persönlich gesagt, daß „... Ihr die Kredite, die wir Euch geben, nicht sofort tilgen sollt, weil Ihr unbedingt Eure Wirtschaft wieder auf die Beine stellen und Euch erholen müßt". Er tat dies, weil die Festigung des sozialistischen Albaniens der revolutionären Bewegung und dem Kampf der Völker diente.

Wie allerdings die Tatsachen bewiesen, hat die „Hilfe" der jugoslawischen Revisionisten und danach der Chruschtschowianer und der Chinesen nicht diesen Charakter gehabt. Im Gegenteil, ihre Hilfe war von hinterhältigen Absichten getragen und zielte darauf ab, Albanien zu einem Vasallen Jugoslawiens bzw. der Sowjetunion oder Chinas zu machen.

„Die Rechnung der chinesischen Revisionisten wird nicht aufgehen"

Warum ist für China die Sowjetunion der Hauptfeind der Menschheit, obwohl allgemein bekannt ist, daß der sowjetische Sozialimperialismus und die Vereinigten Staaten von Amerika gemeinsam die Hauptfeinde sind? Die sozialimperialistische Sowjetunion ist für China der Hauptfeind nicht nur weil sie über ein großes wirtschaftliches und militärisches Potential verfügt, sondern auch weil diese beiden Staaten darin miteinander rivalisieren, die Völker zu täuschen und über sie zu herrschen, indem sie sich als sozialistische Länder ausgeben. Außerdem hegt China expansionistische Absichten in Richtung auf Sibirien und andere Gebiete der Sowjetunion, auf die Mongolei und Zentralasien.

Natürlich können diese Ziele nicht ohne Krieg erreicht werden. Darum wählte sich China, um stärker zu werden, die Vereinigten Staaten von Amerika und den Weltkapitalismus als Partner, die in Konkurrenz mit dem sowjetischen Sozialimperialismus stehen. So können die beiden, die USA und China, das mächtige Paar bilden, das die Sowjetunion zerschlägt und die Welt beherrscht. Später dann, wenn es die Möglichkeit dafür sieht, wird sich China auch gegen den amerikanischen Imperialismus wenden, um als einzige imperialistische Supermacht übrigzubleiben.

Der Chef der chinesischen Revisionisten und Freund von Generalen und Marschällen, Hua Guo-feng, kam während seines Besuches in Jugoslawien bis nahe an unsere Grenze heran, um gegen das sozialistische Albanien und die anderen Balkanländer Intrigen zu schmieden. Unter anderem gefiel er sich auch in der Rolle des Provokateurs gegen die albanische Nation. „Sehr schön und auf marxistisch-leninistischem Weg gelöst" fand er die Frage der albanischen Minderheiten in Jugoslawien, die vom Junker Bismarck, von den Beaconfields und Lord Grays heraufbeschworen wurde, deren Geheimverträge gegen Albanien von Lenin entlarvt und zerfetzt wurden. Hua Guo-feng „vergaß", daß die Albaner, die in Jugoslawien leben, sowohl nach der Ausdehnung ihrer Gebiete als auch nach ihrer Zahl so groß wie zwei Republiken Jugoslawiens und mehr sind. Sie sind ein einziges Volk.

Sie wurden in zwei Republiken und ein autonomes Gebiet zerstreut, weil es für die „korrekte, marxistisch-leninistische Lösung", die Hua Guo-feng so sehr pries, nützlich war. Wir möchten Herrn Hua Guo-feng darauf hinweisen, daß die Freunde, von denen er empfangen wurde, ihm nicht die Armut und die fehlenden verfassungsmäßigen Rechte zeigten, wie sie den Albanern, besonders in Makedonien, wo er es für passend hielt, dieses Problem aufzuwerfen, vorenthalten werden. Wir sagen ihm, und er sollte es eigentlich inzwischen begriffen haben, daß der Albaner weder das Joch noch Diktate duldet, daß er Erpressungen nicht fürchtet.

In der Rede, die er auf dem Hauptbankett vor Tito und den anderen jugoslawischen Offiziellen hielt, erwähnte Hua Guo-feng den Marxismus-Leninismus nicht, und er hatte auch keinen Grund dafür, da er nicht an ihn glaubt. Er erwähnte auch die „Theorie der drei Welten" nicht, so wenig wie die Einbeziehung Chinas in die „dritte Welt". Dafür rühmte er ständig die Bewegung der „Blockfreien". Das tat er nicht, um Tito ein Kompliment zu machen, der sich für den Anführer der „blockfreien Welt" ausgibt, sondern weil China und Hua Guo-feng darauf spekulieren, nach Titos Tod den ersten Platz in der Bewegung der „Blockfreien" einzunehmen. Doch auch diese Rechnung der chinesischen revisionistischen Führung wird nicht aufgehen. Die Absichten Chinas werden auf jeden Fall entlarvt werden, doch sie sind sehr gefährlich, ebenso gefährlich wie die der Sowjetunion, der USA und der anderen kaitalistischen Länder.

Eine offene und korrekte Politik in den Auslandsbeziehungen

In unseren Beziehungen zum Ausland, sagte Genosse Enver Hoxha, verfolgten und verfolgen unsere Partei und unsere Regierung eine offene und korrekte Politik. Wenn unsere Partner wahre Marxisten-Leninisten sind, dann entwickeln sich die Beziehungen mit ihnen auf dem Weg der Freundschaft, der brüderlichen Zusammenarbeit und der gegenseitigen Hilfe. Mit den kapitalistischen und den revisionistischen Staaten unterhalten wir kulturelle und Handelsbeziehungen zum gegenseitigen Vorteil unter der Bedingung, daß dabei die Gleichberechtigung, die Souveränität und die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen respektiert werden. Die Handelsbeziehungen mit diesen Ländern können auf keinen Fall unsere marxistisch-leninistische Politik und Ideologie beeinflussen. Wenn wir für die Entwicklung von kulturellen und Handelsbeziehungen mit anderen Staaten sind, wenn wir dem Wunsch nach freundschaftlichen Beziehungen zum gegenseitigen Vorteil Ausdruck geben, so soll das nicht heißen, daß wir auf unsere Prinzipien und unsere Standpunkte verzichten müssen.

Der Anspruch der jugoslawischen Revisionisten, der anderen Revisionisten und der Kaitalisten, wir dürften sie solchen Beziehungen zuliebe nicht entlarven, solange auch sie uns nicht angreifen, ist absurd. Es ist überhaupt nicht wahr, daß sie uns nicht angreifen. Ihr Angriff auf uns, auf den Sozialismus, auf Marx, Engels, Lenin, Stalin und die Diktatur des Proletariats ist offensichtlich und ständig. Wenn sie sich das Recht nehmen, ihre Ideen zu verfechten und ihre Politik zu betreiben, weshalb jammern sie dann darüber, daß auch wir von unserem Recht Gebrauch machen, unsere Ideen und unsere Politik zu verteidigen. Mit Staaten wie den nordischen Ländern, Österreich, Belgien, Frankreich, Holland, der Schweiz usw., sagte Genosse Enver Hoxha, können sich die Handelsbeziehungen unseres Staates zum gegenseitigen Vorteil entwickeln, ebenso wie die kulturellen Beziehungen mit ihnen gut entwickelt werden können.

In seiner Rede sprach Genosse Enver Hoxha dann konkret über die Beziehungen Albaniens zu den verschiedenen Ländern der Welt. Einen wichtigen Platz in der Rede des Genossen Enver Hoxha vor den Wählern seines Wahlkreises nahmen die großartigen Erfolge ein, die im sozialistischen Albanien bei der Entwicklung der Wirtschaft und der Kultur, bei der Hebung des Wohlstands der werktätigen Massen, bei der Stärkung des Verteidigungspotentials usw. erzielt wurden. Über die Einheit des albanischen Volkes, die unter Führung der Partei verwirklicht wurde, sagte Genosse Enver Hoxha, daß sie stählerner denn je ist, einer der grundlegenden Faktoren für die Verteidigung des Sozialismus und des sozialistischen Vaterlandes. Zum Abschluß seiner Rede vor den Wählern seines Wahlkreises sagte Genosse Enver Hoxha:

Das große Vertrauen, das Ihr der Partei der Arbeit Albaniens mit der Billigung meiner Kandidatur bekundet habt, hat mich tief gerührt. Ich versichere Euch, daß ich wie immer kämpfen werde, um unermüdlich dem Vaterland, der Partei und dem Volk zu dienen, daß ich zusammen mit Euch all meine Kräfte einsetzen werde, um ehrenhaft die hohe und verantwortungsvolle Aufgabe des Abgeordneten der Volksversammlung zu erfüllen, daß ich mich bemühen werde, Euch würdig im höchsten Organ der Staatsmacht zu vertreten und Euer großes Vertrauen zu verdienen.

[Text nach einer Zusammenfassung der Rede des Genossen Enver Hoxha, die von Radio Tirana am 8. 11. ausgestrahlt wurde; Zwischenüberschriften von der Redaktion].

Britannien: Fordstreik — Unternehmerangebot abgelehnt

Mit großer Mehrheit lehnten die seit sieben Wochen streikenden Fordarbeiter in der vergangenen Woche das letzte Angebot der Kapitalisten ab. Dieses Angebot wird in der bürgerlichen Presse allgemein auf 16,5 Prozent beziffert. Tatsächlich jedoch ist darin auch eine Anwesenheitsprämie enthalten, die 5,15 Prozent ausmacht. In der Praxis würde sich eine solche Prämie etwa so auswirken: wird ein Kollege auf dem Weg zur Arbeit durch Verkehrsstaus aufgehalten und stempelt er dadurch auch nur einige Minuten zu spät, dann wird ihm die Prämie für die ganze Woche abgezogen. Kein Wunder also, daß die Fordarbeiter solche Formen der „Lohnerhöhung" prinzipiell ablehnen. Der Kampf für Erfüllung der gerechten Forderungen der Fordkollegen (unter anderem 25prozentige Lohnerhöhung, Einführung der 35-Stunden-Woche) geht weiter.

Niederlande: Regierungspolitiker als SS-Mann entlarvt

Der Fraktionsvorsitzende der niederländischen Regierungspartei „Christdemokratische Aktion", Aantjes, ist als ehemaliges Mitglied des „Landsturms Niederlande" der Waffen-SS entlarvt worden. Aantjes war darüber hinaus auch als Funktionär in einem Arbeitslager der deutschen Faschisten im besetzten Holland eingesetzt. Diese Enthüllungen haben eine Welle der Empörung in den Niederlanden ausgelöst. Aantjes mußte von allen Ämtern zurücktreten.

Malta: CDU-Politiker ausgewiesen

Der CDU-Politiker von Hassel ist während eines Aufenthalts auf der Mittelmeerinsel Malta zur „unerwünschten Person" erklärt und ausgewiesen worden. Hassel hatte als Vertreter der CDU an einer Tagung der Union Europäischer Christdemokraten auf Malta teilgenommen. Als Grund für ihren Schritt gab die maltesische Regierung die massive Einmischung des CDU-Politikers in die Angelegenheiten Maltas an.

Frankreich: Neue Streikkämpfe

An wichtigen Verkehrsknotenpunkten in Frankreich haben streikende Lastwagenfahrer die Straßen blockiert. Sie fordern Arbeitszeitverkürzungen und garantierte Ruhetage. Gegen den Willen ihrer Gewerkschaftsbonzen traten am vergangenen Dienstag die Elektrizitätsarbeiter in Paris in den Streik. Sie fordern vor allem eine Aufstockung des Personals.

Jordanien/BRD: Bonn schaltet sich in die Nahost-Verhandlungen ein

Der jordanische König Hussein besuchte in der vergangenen Woche die Deutsche Bundesrepublik. Bei seinen Gesprächen in Bonn stand die Verwirklichung des reaktionären Camp-David-Abkommens im Mittelpunkt. Dabei drängten Husseins Bonner Gesprächspartner darauf, daß sich auch Jordanien den Verhandlungen zwischen Washington, Kairo und Tel Aviv anschließen solle. Bei diesen Verhandlungen geht es um einen sogenannten Friedensvertrag, in dem Israel das „Recht" auf die von ihm besetzten arabischen Gebiete zugestanden werden soll.

USA: Nur jeder Dritte ging zur Wahl

155 Millionen US-Bürger waren in den Listen für die Zwischenwahlen für Senat und Abgeordnetenhaus in der vergangenen Woche eingetragen. Aber 100 Millionen blieben zu Hause. Damit erreichte die Wahlbeteiligung insgesamt nur 37 Prozent. Nur in zwei US-Staaten gingen mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten zur Urne. In Louisiana dagegen wählten nur 20, in Kentucky sogar nur 19 Prozent der Wahlberechtigten. In diesen Zahlen drückt sich das tiefe Mißtrauen der Werktätigen gegen die bürgerlichen Parteien und ihre Politiker aus. Die niedrige Wahlbeteiligung ist auch eine Absage an die reaktionäre Politik Carters.

Sowjetunion/DDR: Lufttransportmanöver beendet

Am vergangenen Montag wurde nach 24stündiger Dauer der Austausch der in der DDR stationierten russischen Besatzertruppen beendet. Dieser Austausch, der zweimal jährlich stattfindet, ist zugleich ein großangelegtes Lufttransportmanöver des unter der Kontrolle Moskaus stehenden Warschauer Pakts. Erstmals wurden bei dem Manöver in den vergangenen Wochen auch Großtransporter vom Typ „Il 76" eingesetzt, die bis zu 40 Tonnen befördern können.

„Für Spaniens Freiheit" erschienen



Im Januar und Februar dieses Jahres hatte der „Rote Morgen" in vier Folgen bereits Auszüge aus dem Reisebericht einer deutschen Genossin über die Lage und den Kampf im heutigen Spanien abgedruckt. Nun liegt der Bericht vollständig in einer reich mit Fotos illustrierten Taschenbuchausgabe vor. In dieser Reportage entsteht ein lebendiges Bild des heutigen Spaniens, der Kämpfe der werktätigen Massen, der revolutionären Arbeit der kommunistischen Partei. Wir werden Zeuge der Streikkämpfe bei den Bauarbeitern Madrids, in den Schuhfabriken von Elche; wir erleben die Massendemonstrationen für die Selbstbestimmung der Völker Spaniens mit, den Kampf für die Amnestie der politischen Gefangenen; wir lernen die tagtägliche Arbeit, das Eingreifen der Genossen der KP Spaniens (Marxisten-Leninisten) in diesen Kämpfen kennen. Das Buch kostet 4 Mark.

Für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei der Türkei

Die Marxisten-Leninisten der Türkei führen seit Jahren den Kampf für die Schaffung einer wahrhaft kommunistischen Partei, die nach dem Verrat der modernen Revisionisten dem Proletariat wieder seinen revolutionären Kampfstab geben kann. Die nachfolgend abgedruckte Erklärung der türkischen Genossen macht deutlich, daß wichtige und erfolgreiche Schritte hin zur Gründung der Revolutionären Kommunistischen Partei der Türkei unternommen wurden.

Das ist ein entscheidender Sieg über Spaltung und Opportunismus innerhalb der Arbeiterbewegung, die nicht zuletzt auf den Einfluß der russischen und chinesischen Revisionisten zurückzuführen sind.

Erklärung der Konferenz der THKO (Volksbefreiungsarmee der Türkei) an die Revolutionäre, Arbeiter, besitzlosen Bauern und an alle Werktätigen der türkischen, kurdischen Nation und der nationalen Minderheiten unseres Landes

Unsere Organisation, die THKO, wurde 1970 gegründet, unter Bedingungen, als sich die revolutionäre Volksbewegung verstärkte, die Konterrevolution mit all ihren Kräften dazu überging, das Volk wild anzugreifen, die kommunistische Partei, die Führerin der Arbeiterklasse, nicht vorhanden war und man im Namen der Linken Revisionismus, Reformismus und Klassenzusammenarbeit verteidigte.

Die THKO führte gegen den Imperialismus und die Angriffe der faschistisch-feudalen Diktatur einen heldenhaften und unbeugsamen Kampf. Gegen den Pazifismus, die Thesen, daß die Revolution und die Befreiung des Volkes auf friedlichen Wegen verwirklicht werden könnte, und gegen den Parlamentarismus hat sie die revolutionäre Gewalt und den Kampf verteidigt. Aber sie konnte sich nicht über eine kleinbürgerlich-revolutionäre Linie hinaus entwickeln und hat eine abenteuerliche Aktionslinie verfolgt.

Als sich nach der Niederlage 1971 Verrat und Zurückweichen breitmachten, haben die Kader der THKO ihre Verbundenheit mit der Revolution und dem Volk sowie ihre Entschlossenheit beibehalten. Sie haben eine Einschätzung ihrer Fehler vorgenommen und sie einer Selbstkritik unterzogen. Sie haben die alte Linie des Abenteurertums zurückgewiesen. Sie kamen zu den richtigen Schlußfolgerungen, daß die Revolution ein langwieriger Kampf ist, daß sie das Werk der Arbeiter- und Bauernmassen selbst ist und daß die Arbeiterklasse den Erfolg nur dann erringen kann, wenn sie von einer revolutionären kommunistischen Partei geführt wird, die auf der Grundlage einer korrekten marxistisch-leninistischen Linie auf eine revolutionäre Weise organisiert ist. Sie hielten am großen Marxismus-Leninismus fest und bestimmten den Aufbau der Partei als ihre grundlegendste Aufgabe.

Nach dieser Zeit begann die THKO einerseits mit dem Aufbau des Fundaments der Partei und der Erarbeitung des marxistisch-leninistischen Programms und der politischen Linie der Arbeiterklasse, den Wegweisern des Kampfes. Auf der anderen Seite hat sie sich bemüht, die auf allen Ebenen geführten Kämpfe der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes zu führen, sie auf dem Weg der Revolution zu erziehen, zu mobilisieren und zu organisieren. Im Kampf gegen den Imperialismus, den Sozialimperialismus und die faschistisch-feudale Diktatur fielen Dutzende ihrer Kämpfer. Die THKO stellte korrekt fest, daß die Gründung der Partei gleichzeitig die Vereinigung der Revolutionäre bedeutete. Als in den Jahren 1974/75 aus der „THKP-C" und der „TKP/ML — TIKKO" Organisationen entstanden, die ähnliches wie unsere Organisation verfolgten, hat sie versucht, das revolutionäre Potential der einzelnen Gruppen in einer Partei, auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus zu vereinen.

Zu jeder Zeit ist sie korrekt für dieses Ziel eingetreten. Sie hat niemals aus dem Auge verloren, daß die Einheit der Revolutionäre auf einer korrekten Basis eine Forderung der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes ist. Es war unsere Organisation, die THKO, der es gelang, die Aufgaben, die uns auf unserem Weg seit 1974/75 aufgebürdet wurden, zu bewältigen. Die THKO hielt fest am Marxismus-Leninismus und an der Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung. Sie hat das marxistisch-leninistische Programm und die politische Linie, die das Fundament der Partei darstellt und die Arbeiterklasse und das werktätige Volk zu Befreiung führen wird, dargelegt; sie hat die Ziele der Revolution, unsere Feinde und Freunde bestimmt und den Weg gewiesen.

Die anderen Organisationen aber haben nicht völlig mit ihrer revisionistischen und abenteuerlichen Vergangenheit brechen können. Sie haben die Fahne der Einheit des Proletariats nicht hochhalten können. Vor die Interessen der Revolution, der Arbeiterklasse und des Volkes haben sie die Interessen ihrer kleinen Gruppen und Gruppenchefs gestellt. Dies ließ sie zu Reaktionären werden. Sie wurden auf dem Weg zur Partei zu Hindernissen. Das unausweichliche Ende dieser Gruppen ist: Fäulnis, Spaltung und Auflösung.

An dem heute angekommenen Punkt ist jetzt die Zeit der vor der Partei existierenden Gruppen vorbei. Mit der Darlegung des marxistisch-leninistischen Programms und der politischen Linie sind jetzt die objektiven und subjektiven Bedingungen für die Partei vorhanden.

Die heutige Krise der kapitalistisch-revisionistischen Welt spiegelt sich auch in unserem Land wider und erschüttert die bürgerlich-feudale Ordnung in den Grundfesten. Sie führt dazu, daß der Einfluß des Reformismus, des Revisionismus und aller bürgerlich-reaktionären Ideologien zerfällt und die Massen schnell revolutionär werden. Jeden Tag entstehen auf immer neuen Ebenen neue Kräfte des Kampfes. Diese Situation führt dazu, daß die Aufgabe, die Kommunistische Partei, die die Führerin des Kampfes der Arbeiter, Bauern und unseres werktätigen Volkes — bestehend aus der kurdischen und der türkischen Nation sowie den nationalen Minderheiten — für die nationaldemokratische Volksrevolution und den Sozialismus und der Garant für den Sieg unseres Kampfes ist, aufzubauen, nicht länger verschoben werden kann.

Unter diesen Bedingungen ist die Konferenz der TKHO, an der Delegierte der zentralen Leitung, der regionalen Führungsorgane und der Union der Jungen Kommunisten der Türkei (GKB) teilnahmen, zusammengetreten; diese Konferenz hat eine Einschätzung der Epoche, der Epoche von der Gründung unserer Organisation bis heute, und der heutigen Situation vorgenommen und folgende Beschlüsse gefaßt:

- Der Name unserer Organisation, Volksbefreiungsarmee der Türkei, widerspricht seit 1975 dem eigentlichen Charakter unserer Organisation und den übernommenen Aufgaben, ist ein revolutionäres Erbe der Vergangenheit und wird hiermit der später unter der Führung der Partei zu gründenden Volksarmee überlassen; gemäß der vor uns liegenden Hauptaufgabe wird der Name unserer Organisation umgeändert in den Namen **Türkiye Devrimci Komünis — Insa Örgütü (TDKP-IÖ).** (Anmerkung des Übersetzers: Revolutionäre Kommunistische Partei der Türkei — Aufbauorganisation).
- Die TDKP-IÖ wird die erforderlichen Vorbereitungen treffen, sich mit den proletarischen Revolutionären in den anderen Gruppen zusammenschließend, die schmutzigen Barrikaden, die die Chefs versuchen, vor der Partei aufzurichten, niederreißen und den **ersten und Gründungskongreß der Revolutionären Kommunistischen Partei der Türkei** einberufen.

Unsere Konferenz ist der Meinung, daß die Beschlüsse, die wir gefaßt haben, der heutigen Situation, dem Marxismus-Leninismus und der Revolution sowie den Interessen unserer Arbeiterklasse und unseres werktätigen Volkes voll und ganz entsprechen.

Alle proletarischen Revolutionäre schließt Euch zusammen in den Reihen der TDKP-IÖ!

Die Einheit der Revolutionäre bedeutet heute Einheit mit der internationalen kommunistischen Bewegung, Einheit in den marxistisch-leninistischen Programmen und politischen Linien und Einheit in den Reihen der TDKP-IÖ. Dieses ist die Tatsache, die die Gegenwart bestimmt. Alle Revolutionäre müssen die Tatsache begreifen, daß man nicht ein organischer Teil der internationalen kommunistischen Bewegung werden kann, wenn man nicht an der Linie festhält, die im Kampf der proletarischen revolutionären Bewegung gegen den Revisionismus, gegen die kleinbürgerliche Ideologie und gegen den rechten und „linken" Opportunismus ausgearbeitet wurde, wenn man sich nicht einreiht in die Reihen der TDKP-IÖ; sie müssen die schmutzigen Barrikaden und die Mauern, die man versucht, vor der Einheit und der Partei aufzurichten, niederreißen und sich einreihen.

Arbeiter, Bauern, alle Werktätige!

Unsere Partei, die unseren Kampf für Revolution und Befreiung zum Sieg führen wird, wird geboren aus dem Schoß der langen Kämpfe, die die Kommunisten, die Arbeiter, die Bauern und unser werktätiges Volk unseres Landes gegen den Imperialismus, den Feudalismus und die faschistische Diktatur führten. Unsere Partei wird die einzige Besitzerin des revolutionären Erbes der Vergangenheit sein. Sie ist die unermüdliche Verteidigerin und Kämpferin der Sache der Arbeiterklasse und des Volkes, der großen Sache des Kommunismus. Arbeiter, die Ihr aufopferungsvoll für die Befreiung Eurer Klasse kämpft! Bauern, Ihr Führer des Kampfes für Boden und Freiheit! Wir rufen Euch zu den Fronten! Nehmt direkten Anteil an der Gründung und am Aufbau der Partei!

Neben der korrekten Linie der Partei ist die Teilnahme der besten Arbeiter und der besitzlosen Bauern an den Fronten die Garantie für den Sieg. Arbeiter, Bauern, alle Werktätige! Schließen wir uns zusammen im Kampf gegen Imperialismus und Sozialimperialismus unter der immer höher wehenden Fahne der Revolutionären Kommunistischen Partei der Türkei. Reihen wir uns ein in unseren Kampf für unsere eigene Herrschaft, den Kampf für Unabhängigkeit, Demokratie und Sozialismus, in die Fronten unter der immer höher wehenden Fahne der Revolutionären Kommunistischen Partei der Türkei, verstärken wir unseren Kampf!

Unter der unbesiegbaren Fahne des Marxismus-Leninismus, unter der immer höher wehenden Fahne der TDKP: Vorwärts zum Sieg, vorwärts zu einer neuen Welt!
Es lebe der Marxismus-Leninismus!
Es lebe die Revolutionäre Kommunistische Partei der Türkei!

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Bandeira Vermelha

Portugal



Spanien

ΠΡΟΛΕΤΑΡΙΑΚΗ ΣΗΜΑΙΑ

Griechenland

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!
nuova unità

Italien

Lieber Leser des „Roten Morgen"

Abonnements für die abgebildeten Zeitungen und für andere Zeitungen der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über den Verlag Roter Morgen vermittelt werden. Wir bitten, insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitte an: Verlag Roter Morgen (Vertrieb), 46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/433691 u. 433692, Postfach 300526

Volkserhebung im Iran

Generalstreik gegen das Schah-Regime

Je mehr sich die Kämpfe im Iran zuspitzen, je deutlicher der Thron des Schahs wackelt, um so offener und unverschämter wird hierzulande die Hetze gegen die iranischen Klassenbrüder, umso widerwärtiger und lauter werden die Sympathiebekundungen mit dem Henker auf dem Pfauenthron. „Wenn der Schah stürzt, flakkern bei uns die Lichter." So hetzte die „Bild"-Zeitung. Und die gleiche Dreckschleuder verkündete in einer anderen Ausgabe von der Titelseite für den Fall des Sturzes der faschistischen Diktatur: „Wehe den Deutschen!"

Ob es Springers Berufshetzer oder die Vertreter der Bonner Regierung sind — sie alle wollen jetzt den Menschen in unserem Land das Märchen vom guten, wenn auch gestrengen Schah verkaufen, der seinem Land den Fortschritt brachte und unsere Energieversorgung sichert, das Märchen vom Aufstand der islamischen Geistlichen, die den Iran ins tiefste Mittelalter zurückführen wollen. So ist es denn auch kein Wunder, wenn tagtäglich die reaktionären Äußerungen des im französischen Exil lebenden religiösen Führers Khomeiny über die Einführung einer islamischen Republik in unserer Presse verbreitet werden.

Aber ist es das, wofür die iranischen Volksmassen kämpfen? Stehen sie auf den Barrikaden gegen ein blutiges Mordregime, damit die Frauen wieder einen Schleier tragen? Die Entwicklung der Kämpfe in den letzten Wochen, die breite Streikbewegung, die eine Million Werktätige umfaßt, hat diese lächerlichen Märchen selbst widerlegt. Sicher, einige reaktionäre Elemente haben stets versucht, die religiösen Empfindungen der Massen für ihre Ziele auszubeuten. Aber sie isolieren sich zunehmend, je weiter die Kämpfe voranschreiten.

Die Genossen von der Kommunistischen Partei der Arbeiter und Bauern des Iran gaben ein bezeichnendes Beispiel dafür. Als sie während der September-Kämpfe in Naziabad und anderen Städten an der Spitze der Massen revolutionäre Parolen ausgaben, tauchten einige religiöse Führer auf. Sie eröffneten sofort ihre Hetzpropaganda gegen die „kommunistischen Parolen" und wollten die kämpfenden Massen darauf verpflichten, nur religiöse Forderungen zu stellen. Etwas anderes dürften Moslems nicht tun. Aber diese Herren erlitten eine schmähliche Abfuhr. Die Demonstranten brachten in ihren Losungen das zum Ausdruck, was sie wirklich ersehnen: „Nieder mit dem Schah!" und „Wir wollen eine demokratische Republik!"

Ein weiteres Beispiel dafür, daß die Werktätigen keine religiösen, sondern klare politische Forderungen erheben, sind die oben erwähnten Losungen der Erdölarbeiter. Das alles zeigt, daß die gegenwärtigen Kämpfe der Massen nicht aus einer Verletzung ihrer religiösen Gefühle durch das „moderne und fortschrittliche" Schahregime erwachsen. Sie sind vielmehr die notwendige Antwort auf die unerträglichen Lebensbedingungen, die ihnen das faschistische Regime aufgebürdet hat. Eine Antwort auf die jahrzehntelange blutige Unterdrückung jeden Widerstands, auf die Verelendung der Bauernschaft, auf die Hungerlöhne, die den Arbeitern von den staatlichen Gewerkschaften diktiert werden (ein Ungelernter bekommt ungefähr eine Mark Stundenlohn), auf die immer weiter wuchernde Teuerung, die Ausplünderung des Landes durch die ausländischen Imperialisten usw.

Unter diesen Bedingungen sehen immer mehr Werktätige den einzigen Ausweg aus ihrer Lage im konsequenten Kampf für den Sturz des Schahregimes. Und es sind gerade die religiösen Führer und die bürgerliche Opposition gewesen, die diesen Kampf mit aller Gewalt zurückzerren wollten. Die islamischen Führer, indem sie angesichts des waffenstarrenden Regimes die Gewaltlosigkeit predigten und Massendemonstrationen ungeschützt vor die Panzer und Maschinengewehre der Schahtruppen laufen ließen. Die Führer der bürgerlichen Opposition wie der „Nationalen Front", indem sie auch angesichts der blutigen Massaker der Diktatur auf eine Verständigung mit dem Schah hinarbeiten und die Forderung nach dem Sturz der Monarchie bekämpfen.

Der Aufstand im Iran ist eine Erhebung der werktätigen Massen, die für die Befreiung von einer blutigen Morddiktatur, für ein besseres und würdiges Leben kämpfen. Er ist ein Teil des großen Kampfes, den die arbeitenden Menschen in der ganzen Welt für eine Zukunft ohne Ausbeutung und Unterdrückung führen. Deshalb gehört ihm, trotz aller Lügen, trotz aller hinterhältigen Hetze, auch die Sympathie der deutschen Werktätigen.



Mit brutaler Gewalt versucht das Schahregime, die Volkserhebung zu unterdrücken

Trotz Militärregierung — das Volk kämpft weiter

Die westdeutschen Multis

„Wehe den Deutschen", wenn das Schahregime zusammenbricht. So hetzte die „Bild"-Zeitung. Was sind das denn für Deutsche, die ein so brennendes Interesse am Bestand dieses Blutregimes haben? Es sind die Monopolherren, die Krupp, Siemens und Co., die um ihre Profite zittern, die sie aus der Ausbeutung der iranischen Arbeiter, der Ausplünderung des Landes ziehen.

Rund eine Milliarde Mark haben die westdeutschen Monopole im Iran investiert. Sie brauchen die faschistische Diktatur, den gnadenlosen Terror gegen die Arbeiterklasse. Das ermöglicht es ihnen, die Arbeiter in ihren iranischen Filialen bis auf die Knochen auszubeuten und sie mit Hungerlöhnen von einer Mark pro Stunde abzuspeisen. Tausende iranische Kollegen müssen zu solchen Bedingungen etwa in den Siemens-Werken „Iranian Telecommunication" in Schiras und „Siemens Sherkate Sahami Khass" in Teheran schuften. Die Liste der westdeutschen Multis, die im faschistischen Iran ihre Werke errichtet haben, ist lang. Sie umfaßt unter anderen die AEG, Bayer, Bosch, Daimler, Felten & Guilleaume, Henkel, Hoechst, Mannesmann, Merck, Osram und Schering.

Und gerade die Monopolherren, die in unserem Land massenweise Arbeitsplätze vernichten, die immer größere Teile der Produktion in faschistische Billiglohnländer verlagern, gerade sie und ihre bezahlten Lohnschreiber wollen uns erzählen, der Kampf des iranischen Volkes gefährde unsere Arbeitsplätze.

Besondere Beziehungen zum faschistischen Schahregime unterhält der Krupp-Konzern. Ist doch das Regime mit 25 Prozent an den Aktien des Konzerns beteiligt. So ist es auch nicht verwunderlich, daß gegenwärtig Geschäfte im Umfang von 400 Millionen Mark für Krupp im Iran laufen. Einen noch größeren Brocken hat allerdings Siemens an Land gezogen. Der Multi baut am Persischen Golf zwei Atomkraftwerke vom Biblis-Typ (Stückpreis: 3 Milliarden Mark).

Einen immer größeren Umfang nehmen auch die Waffengeschäfte zwischen den westdeutschen Monopolen und dem faschistischen Schahregime an. So hatte der Schah zum Beispiel Anfang des Jahres Kriegsschiffe im Wert von 10 Milliarden Mark bei den westdeutschen Waffenschmieden geordert.

Und all diese Geschäfte sehen die Monopolherren jetzt bedroht. Kein Wunder also, daß sie jammern. Wir jedenfalls wünschen dem iranischen Volk, daß es ihm gelingt, sich nicht nur vom Terrorregime des Schahs, sondern auch von diesen Hyänen zu befreien!

An das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Arbeiter und Bauern des Irans

Liebe Genossen,

mit großer Sympathie und tiefer Anteilnahme verfolgen wir in diesen Tagen den heldenhaften Kampf Eurer Partei, der iranischen Arbeiterklasse, der breitesten Schichten des Volkes für den Sturz des verhaßten Henkerregimes von Schah Reza Pahlewi. Wir entbieten Euch und dem ganzen iranischen Volk, das sich gegen die blutige Diktatur erhoben hat, unsere revolutionären und internationalistischen Kampfesgrüße in der Zuversicht, daß Euer Volk trotz des barbarischen Terrors seiner in- und ausländischen Feinde in seinem großen Kampf schließlich siegreich sein wird.

Der Aufstand der unterdrückten werktätigen Massen hat das faschistische Schah-Regime bis in seine Grundfesten erschüttert. Auch die Errichtung der Militärregierung als gnadenloser Vollstreckerin des terroristischen Kriegsrechts hat den Ansturm der Volksmassen nicht brechen können. Mit großer Freude haben wir erfahren, daß es Eurer noch jungen Partei immer besser gelingt, in diese Kämpfe einzugreifen, daß Ihr große Erfolge bei Euren Anstrengungen hattet, die versöhnlerischen Kräfte zu isolieren, die dem kämpfenden Volk einen Kompromiß mit dem Henkerregime aufzwingen wollen, daß die korrekte Orientierung Eurer Partei auf den gewaltsamen Sturz des Schah-Regimes und die Errichtung einer volksdemokratischen Republik zunehmend an Einfluß gewinnt.

Liebe Genossen,

in diesen Tagen, da der Pfauenthron des Henkers in Teheran wankt, gilt der tiefe Haß aller fortschrittlichen Menschen nicht nur dem Massenmörder Pahlewi, sondern auch seinen imperialistischen Hintermännern, die jetzt mit dreister Offenheit auf den Plan treten. Allen voran der heuchlerische Menschenrechtsapostel Carter, der gerade jetzt in widerwärtigen Grußbotschaften den faschistischen Henker hochleben ließ. Und es blieb nicht bei diesen Worten. Die amerikanischen Imperialisten, die das Schah-Regime an die Macht geputscht haben, die die Reichtümer des Landes rücksichtslos ausplündern und ihre Kreatur Pahlewi mit Tausenden Militärexperten und israelischen Todeskommandos gegen den Zorn und die Erhebung des Volkes schützen, sie haben auch jetzt wieder, in dieser kritischsten Stunde für das Regime, dem Schah und seiner Militärregierung neue Waffen in die Hände gelegt, Waffen, die wieder neues, schweres Leid für die Volksmassen bringen werden.

Wie die amerikanische, so plündert auch die russische Supermacht die Reichtümer des Iran aus. Die Kremlherren, die in der Vergangenheit so viele lobende Worte über den Schah zu sagen wußten, die ihn in ihren Vasallenländern mit Ehrungen überhäufen ließen, sie zeigen heute ihre Komplizenschaft mit dem Henker Pahlewi durch ihr tiefes Schweigen über die Volkserhebung, die den Iran erschüttert. In diesem Reigen der internationalen Ausbeuter, der Feinde des Volkes, dürfen auch die chinesischen Revisionisten nicht fehlen. In ihrer grenzenlosen Gier, an der Ausplünderung des Irans teilzuhaben, schickten sie ihren Chef Hua persönlich nach Teheran. In einem Augenblick, da Tausende Werktätige in den Straßen erbarmungslos zusammengeschossen wurden, saß Hua zu traulichen Gesprächen beim Schah und stärkte ihm den Rücken. Dieser widerwärtige Auftritt der Pekinger Revisionisten war ein Schlag ins Gesicht des iranischen Volkes und erfüllte die werktätigen Menschen auf der ganzen Welt mit Abscheu.

Zu denen, die in diesen Tagen dem schwankenden Regime in Teheran eilfertig zur Seite springen, gehörte auch der Wirtschaftsminister des Bonner Staates, Lambsdorff. Dieser Vertreter der westdeutschen Monopole, der in der Hauptstadt Eures Landes mit beispielloser imperialistischer Arroganz Euer Volk zur Unterstützung für das Mordregime des Schahs verpflichten wollte, trat frech im Namen des deutschen Volkes auf. Das hat in unserem Land eine breite Empörung hervorgerufen.

Genossen,

unser Volk, das sind nicht die imperialistischen Monopole, die an der Ausplünderung des Iran beteiligt sind, das sind nicht die Waffenschmieden, die dem Schah militärisches Gerät für seinen Feldzug gegen Euer Volk in die Hand geben, das ist nicht der Krupp-Konzern, zu dessen Eigentümern die Pahlewi-Clique gehört. Unser Volk hat seine eigenen bitteren Erfahrungen mit der faschistischen Diktatur gemacht, die von den gleichen imperialistischen Monopolen errichtet wurde, die jetzt auch Euer Land ausplündern. Es fühlt sich heute gerade denen verbunden, die, wie Euer Volk, unter dem Joch eines terroristischen Blutregimes leiden. Seine Sympathie und Unterstützung für den Kampf Eures Volkes hat es schon oft zum Ausdruck gebracht. Und es erfüllt uns mit Genugtuung, daß seit den machtvollen Demonstrationen gegen den Besuch des Schahs in der Deutschen Bundesrepublik und in Westberlin vor nunmehr elf Jahren der Henker sich geweigert hat, noch einmal in unser Land zu kommen.

Unsere Partei, die KPD/ML, verurteilt in aller Entschiedenheit die Hilfe, die der westdeutsche Imperialismus dem verrotteten und schwer angeschlagenen Schah-Regime gewährt und fordert:

Sofortiger Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit dem Schah-Regime!
Sofortiger Stopp der Waffenlieferungen!
Annullierung der Verträge über die Lieferung von Kernkraftwerken!
Keine einzige Mark für den Schah!
Rückzug der westdeutschen Konzerne aus dem Iran!

Liebe Genossen,

seid noch einmal unserer uneingeschränkten kämpferischen Solidarität versichert. In diesen für Euer Volk schweren und zugleich ruhmreichen Tagen sind unsere Gedanken bei Euch.

Nieder mit dem faschistischen Schah-Regime!
Für den Sieg der volksdemokratischen Revolution im Iran!
Es lebe die Kommunistische Partei der Arbeiter und Bauern des Iran!
Es lebe der proletarische Internationalismus!

Zentralkomitee der KPD/ML.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
19.00-19.30	1394 kHz	215 m	MW
	2. Programm		
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW

Bilanz der Herbstmanöver in Hessen

„So schlimm war es noch nie!"

„Wenn wir Glück haben, können wir die Manöverschäden bis zum nächsten Herbst ausbessern — gerade rechtzeitig für das nächste Manöver." Dieser Ausspruch eines Försters aus dem Büdinger Gebiet (Hessen) kennzeichnet die verzweifelte Lage vieler Landbewohner nach den großen Herbstmanövern der NATO. Auch in dieser Hinsicht müssen die Werktätigen die Lasten für die Rüstungs- und Kriegspolitik der imperialistischen Herren tragen.



Nicht nur Flurschäden wurden angerichtet. Zig Menschen verloren auf diese Weise ihr Leben.

Für Hessen liegt nun eine grobe Schätzung der dort angerichteten Manöverschäden vor. 56.000 Soldaten mit 2.800 Ketten- und 6.400 Radfahrzeugen haben Sachwerte in Höhe von mehr als 10 Millionen Mark vernichtet. Nicht in der Rechnung enthalten — weil unberechenbar — sind die Schäden, die der hessischen Zivilbevölkerung an Leib und Leben zugefügt worden sind: 19 Tote waren zu beklagen, nicht gezählt wurden die Verletzten und Vergewaltigten. „So schlimm wie diesmal war es noch nie!" ist der Kommentar selbst des Frankfurter Amtes für Verteidigungslasten.

Dieses Amt schiebt übrigens die Schuld an den Verwüstungen auf die Natur — der Regen hätte den Boden aufgeweicht! — und auf die Sorglosigkeit einzelner Soldaten. Diese — so läßt das Amt verlauten — hätten die einschlägigen Vorschriften nicht beachtet, die da sind: „Zerstöre keinen Ameisenhaufen!" und „Betrete keine angebauten Felder, wenn dadurch Pflanzen zerstört werden!" und dergleichen mehr. Hier zeigt sich der ganze Zynismus der offiziellen Beschwichtigungen. Es sind dort die Offiziere, die die Soldaten samt Kriegsmaterial über die Felder treiben; es sind die Generalstäbe, die die verbrecherischen Manöverpläne entwerfen; es sind die Imperialisten, die zur Durchsetzung ihrer Kriegspläne eine unter möglichst realistischen Bedingungen trainierte Armee brauchen.

Und was das heißt: realistische Bedingungen, das zeigt sich nicht zuletzt an dem, was die Manöver in Hessen zurückgelassen haben.

Die manövergeschädigte Bevölkerung Hessens hat von dem Amt für Verteidigungslasten noch keinen Pfennig Ausgleich erhalten. Und ihre Aussichten sind schlecht. Selbst von den Manövern der letzten Jahre liegen noch mehr als 1.000 Anträge auf Entschädigung in den Schubläden des Frankfurter Amtes — unerledigt.

Panne in US-Reaktor

Sicher gegen Glühbirnenabsturz?

Auf dem Gelände der Bundeswehrerprobungsstelle 91 in Meppen hat die Bundesregierung wahrhaft schweres Geschütz auffahren lassen. Mit riesigen Stahlkugeln werden hier Stahlbetonmauern beschossen, werden Flugzeugabstürze auf Kernkraftwerke simuliert. Die Beschießung ist Bestandteil eines Großversuchs zur weiteren Erhöhung der Reaktorsicherheit — wie es wohlklingend heißt. Das Programm wird bis 1981 laufen und Milliarden Mark an Steuergeldern verschlingen; es sieht auch die Simulation von Situationen wie Erdbeben und Gasexplosionen vor.

Der Bundesregierung scheint nichts zu aufwendig zu sein, wenn es gilt, die wachsende Empörung der Bevölkerung über die tödliche Bedrohung durch Kernkraftwerke zu beschwichtigen. Doch bringt der hochgepriesene Großversuch wirklich mehr Sicherheit? — Wie es mit der Reaktorsicherheit wirklich bestellt ist, zeigt anschaulich ein Fall, der sich — wie jetzt bekannt geworden ist — am 20. März im Kernkraftwerk Ranco Seco im US-Staat Kalifornien ereignet hat.

An diesem Tag wechselte ein Techniker an einer Instrumententafel im Leitstand des Kraftwerks die defekte elektrische Birne eines Druckknopfschalters aus. Dabei fiel ihm eine Birne versehentlich in den geöffneten Schacht der Instrumentenkonsole und verursachte dort einen Kurzschluß. Der folgende Spannungsabfall führte dazu, daß zwei Drittel aller Instrumenten für Druck, Temperatur, Wasserstand und Wasserdurchfluß falsche Werte an das Steuerungssystem abgaben. Dieses wieder reagierte entsprechend falsch und stoppte den Zufluß des Speisewassers, das im Normalbetrieb durch die im Reaktor erzeugte Wärme zu Dampf erhitzt wird und die Turbinen zur Stromerzeugung antreibt. Der Druck im Reaktor stieg gefährlich an.

Glücklicherweise funktionierte nun das Schutzsystem richtig. Die Kernspaltungsvorgänge wurden abgeschaltet — rechtzeitig, denn die Technik im Kraftwerk geriet nun völlig aus dem Häuschen. Das automatische System richtete sich ohne Rücksicht auf das, was wirklich passierte, nach den falschen Daten. Das Signal für den einen Dampferzeuger stand auf Null, das für den anderen auf Maximum, während tatsächlich beide ohne Wasser waren. Hilfspumpen starteten, ohne daß sich die zur Weiterleitung des Wassers notwendigen Ventile öffneten. Als schließlich wieder Wasser in die Dampferzeuger schoß, überflutete es diese und strömte in die Dampfleitungen. Der Druck im Primärsystem sank unzulässig, wodurch wieder weitere Sicherheitssysteme in Kraft traten.

In Ranco Seco herrschte das Chaos. 70 Minuten lang hatten die Techniker keine Ahnung, welche Temperatur im radioaktiven Primärsystem wirklich herrschte. Als die Instrumente schließlich wieder funktionierten, stellte man fest, daß die Temperatur unter die Grenzwerte gesunken war.

Glaubt man den offiziellen Verlautbarungen, dann richtete die Panne vom 20. März keine weiteren Schäden an. Die Katastrophe jedoch, zu der es gekommen wäre, wenn die Abschaltung des Brennvorgangs ebenfalls versagt hätte, ist in ihren Ausmaßen gar nicht auszudenken.

Doch zurück zum Großversuch der westdeutschen Bundesregierung. Zurück zu den Flugzeugabstürzen, Erdbeben und Gasexplosionen. Sind in einem solchen Katastrophenfall die Kernkraftwerke wirklich sicher? — Nehmen wir einmal den — im Falle eines Unglücks — günstigsten Fall. Nehmen wir zum Beispiel einmal an, ein Reaktor hält einem Flugzeugabsturz wirklich stand. — Dann bleibt nur zu hoffen, daß in seinem Innern nicht gerade einer eine Glühbirne in der Hand hält und sie fallen läßt — vor Schreck.

Vernichtung von Lebensmitteln

„Epidemie der Überproduktion"

Eine der krassesten Äußerungen kapitalistischen Widersinns ist die Vernichtung von Produkten und Produktionsmitteln bei gleichzeitiger Verelendung der werktätigen Bevölkerung. Betrachten wir nur einmal die Landwirtschaft. Der Kapitalismus hat den vielen Übeln, unter denen sie ohnehin seit Jahrhunderten und Jahrtausenden zu leiden hatte — Naturkatastrophen, Krieg, Plünderung, Knechtschaft — ein weiteres hinzugefügt: die Katastrophe einer guten Ernte. Eine gute Ernte verdirbt die Preise. Daher muß sie — teilweise wenigstens — vernichtet werden. Die Preise ziehen damit an oder bleiben künstlich hoch — und die zuerst im Überfluß vorhandenen landwirtschaftlichen Erzeugnisse sind für viele nicht mehr erschwinglich.

Über die Vernichtung von Lebensmitteln sind nun neue Zahlen bekanntgeworden: In der Europäischen Gemeinschaft wurden im Geschäftsjahr 1977/78 201.000 Tonnen Obst und Gemüse „aus dem Markt genommen" — wie der beschönigende Ausdruck lautet. Die vernichteten Lebensmittel hatten einen Wert von rund 86 Millionen Mark. Aufgeschlüsselt in die verschiedenen Sorten, waren es 30.000 Tonnen Blumenkohl (2 Prozent der Produktion), 23.000 Tonnen Tomaten (0,5%), 60.000 Tonnen Pfirsiche (4 Prozent), 41.000 Tonnen Birnen (2 Prozent), 16.000 Tonnen Orangen (1 Prozent) und 28.000 Tonnen Mandarinen (7,5%), die von den kapitalistischen Konzernen „untergepflügt" wurden.

Gleichzeitig wächst unter den Werktätigen der Länder der Europäischen Gemeinschaft die Armut. Einige Angaben aus dem vielgepriesenen Bonner „Modell Deutschland" mögen da eine ungefähre Vorstellung vermitteln: Nach einer Studie des CDU-Politikers Geissler lebten im Jahre 1976 sechs Millionen Bundesbürger — das sind 10 Prozent der Gesamtbevölkerung — unter dem Sozialhilfeniveau. Dazu gehören vor allem kinderreiche Arbeiterfamilien; dazu gehören rund zwei Millionen Arbeiterinnen mit Renten unter 400 Mark und rund 400.000 Bauern mit einem landwirtschaftlichen Altersgeld unter 200 Mark.

„Epidemie der Überproduktion" — diesen Begriff hat schon vor 130 Jahren das „Kommunistische Manifest" geprägt. Die Epidemie dauert — wie die jüngsten Zahlen zeigen — auch heute noch fort. Und sie wird solange nicht vom Erdball verschwinden, solange noch ihr Krankheitserreger — das kapitalistische Profitsystem — besteht.



So werden tonnenweise Obst, Gemüse usw. vernichtet.

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/433691 und 433692.

5100 **AACHEN**, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, geöffnet: Di 16.30-18.30, Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4800 **BIELEFELD**, Politische Buchhandlung Spartacus, Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521/177404, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/511537, geöffnet: Mo, Di, Do, Fr 16.00-18.30, Mi 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/393888, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16.00-18.30, Mi 12.00-13.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4600 **DORTMUND** 30 (Hörde), Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/433691 u. 433692, geöffnet: Mo-Fr 14.00-18.00, Sa 9.00-14.00 Uhr.

4100 **DUISBURG** 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Bücherstube", Alleestraße 49, Tel.: 0203/550623, geöffnet: Mo-fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa 9.00-14.00 Uhr

4300 **ESSEN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Altendorfer Buchhandlung, Helenenstr. 35, Tel.: 0201/624299, geöffnet: Do und Fr 10.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2390 **FLENSBURG** (Duburg), Buchladen „Paul Hoffmann", Burgstr. 5, geöffnet: Mi 16.00-18.30, Sa 10.00-12.00 Uhr. Tel.: 0461/29601

6000 **FRANKFURT**, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Tel.: 0611/437595, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040/4300709, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511/445162, geöffnet: Di-Fr 17.00-19.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Ernst-Thälmann"-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di u. Fr 17.00-19.00 Uhr.

3500 **KASSEL**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen „Klartext", Mittelgasse 9, Tel.: 0561/16507, geöffnet: Di-Fr 15.30-18.00, Sa 10.00-12.00 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchladen „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/567702, geöffnet: Mo-Mi u. Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.00, Do 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

5000 **KÖLN** 91, Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221/854124, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Parteibüro der KPD/ML, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621/697109, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr.

2400 **LÜBECK**, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/76939, geöffnet: Di, Do, Fr 16.30-18.30 Uhr.

4400 **MÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251/65205, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11.00-14.00 Uhr.

2350 **NEUMÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Kieler Str. 21, Tel.: 04321/46424, Mo, Mi, Fr 15.30-18.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/438043, geöffnet: Mi-Fr 17.00-19.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 5, Buchhandlung „Roter Morgen", Frauenhoferstraße 13, geöffnet: Mo—Fr 13.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr. 089/2607554

7000 **STUTTGART** 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/432388, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 WESTBERLIN 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030/4653966, geöffnet: Mo-Fr 11.00-18.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.